N EINEM DER HÄUSER des jüdischen Viertels in Amsterdam, rund um den Waterlooplein, bereitet eine Frau eine festliche Abendmahlzeit vor, obwohl die Zeichen der Zeit diesen Akt keineswegs nahelegen. Denn die Stadt ächzt unter der deutschen Besetzung. Aber trotzdem setzt man sich im Haus des Pastors und Gelehrten an den mit vielen Kerzen geschmückten Tisch, denn die Familie nimmt vorläufig Abschied von ihrem heimlichen Gast, dem jungen Juden Johan Hiegentlich. Soeben hat er einen neuen Personalausweis - lautend auf den Namen Jan Dekkers - erhalten, in dem das verhaßte «J» fehlt. Denn er soll sein bisheriges Versteck verlassen, weil es ihm nicht mehr genügend Sicherheit bietet, und an einer anderen Adresse untertauchen. An diesem Abend zeigt sich der Flüchtling erstaunlich munter und erzählt zum ersten Mal ein paar jüdische Witze. Schließlich greift der Hausherr zur Bibel und schlägt Psalm 17 auf. «Hilferuf des unschuldig Verfolgten, sagt er dann, und wir blicken alle zu Johan (...). Wir hören zu und begreifen es und singen innerlich gleichsam den Text mit.» Denn die Psalmworte treffen ins Herz der Erfahrungen jener Menschen, die um den Tisch sitzen: «Erheb dich, Herr, tritt dem Frevler entgegen ... », oder «Rette mich, Herr, mit deiner Hand vor diesen Leuten ...».

Nach der Feier wird der Fluchtplan in die Tat umgesetzt. Zuerst verläßt Johan das Haus und wartet an einer bestimmten Stelle auf den Vater und dessen Sohn, um den beiden danach in einem Abstand von zwanzig Metern zu folgen. Vor einem zuvor vereinbarten Schaufenster teilt der Vater dem Untertaucher die neue Adresse mit. Wenig später stellt er Johans Koffer vor einer gefliesten Türschwelle ab, und dieser verschwindet danach plötzlich in einem Hauseingang.

«Rette mich, Herr...!»

Geschichten wie diese finden sich im Erinnerungsbuch des niederländischen Autors Heere Heeresma (geboren 1932 in Amsterdam) gleich mehrere.* Sie haben sich damals dem Knaben unauslöschlich ins Gedächtnis eingeprägt. Mehr als sechzig Jahre später, im Jahr 2005, schreibt sie der populäre holländische Schriftsteller nieder. Er wählt konsequent die Perspektive des Kindes und findet einen Ton - so frisch und ungekünstelt, als ob sich die Szenen erst kürzlich ereignet hätten. Mit staunendem Respekt liest man seinen Text, der sich als Protest gegen das drohende Vergessen dieser Toten versteht, für die niemand das Kaddisch gebetet, keiner eine menschenwürdige Bestattung vorgenommen hat. Heere Heeresma verweist in seinem Motto auf den babylonischen Talmud, wonach der Mensch zweimal stirbt: «Zuerst erleidet er den Tod, und dann gerät er in Vergessenheit.» Einer solchen Amnesie will Heere Heeresma mit den Mitteln des Schreibenden entgegenwirken, mit beschwörenden Worten, mit dem Aufruf der Namen. Und so treten sie hier mit Gesicht und Gestalt wieder vor uns hin: die charmante Lonneke Fajgenbaum, die in der Amstel den Tod gesucht hat, um ihrem drohenden Schicksal zu entgehen; die vornehme Familie Ansinger aus Rumänien mit ihrem Sohn Mosje, welche mit dem Taxi zur Sammelstelle fährt, um selbst noch in diesem Moment einen Rest von Würde und Autonomie zu bewahren; die ungestüme Esther Moritz mit den roten Haaren, die deswegen von den Schulkameraden den Spitznamen «Feuermelder» eingefangen hat; die Familie Gomperts, welche die angebotene Möglichkeit des Untertauchens ablehnt, weil sie den «deutschen Gehorsam» bis zuletzt aufrechterhalten will und dem «Aufruf» ohne Zögern folgt; Soesje Taitelbaum, die den Knaben Heere heiraten möchte, um endlich zu einem weniger verdächtigen Namen zu gelangen, oder eben Johan Hiegentlich, der mehrmals sein Versteck wechseln muß.

Sie alle kreuzen die Bahn des Knaben, beschäftigen sein Denken und Empfinden und verschwinden irgendwann auf vorerst unerklärliche Weise. Der Knabe kennt zwar die Hollandsche Schouwburg (d.i. das Theater), den Sammelplatz für Juden vor ihrem Transport nach Westerbork. Aber was geschieht nachher? Die Juden werden «nach dem Osten verschickt» – so lautet die offizielle Sprachregelung der «Moffen», wie die deutschen Besetzer von den Holländern genannt werden. Auch der Vater sagt knapp: «Nach

LITERATUR

«Rette mich, Herr ...! Die Erzählung «Ein Junge aus Amsterdam» von *Heere Heeresma* – Erinnerung an eine Kindheit unter deutscher Besatzung – Die Perspektive des Kindes – Die verlorene Unbefangenheit der Jugend – Stark durch das Geheimnis – Ein Schrei frühmorgens – Umgang mit dem Wort – Die Fragen des Sohnes und die Antwort des Vaters.

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri b. Bern

FRAUEN/THEOLOGIE

Doing theology aus der Perspektive von Frauen: Erster Kongreß von Theologinnen aus Lateinamerika und Deutschland in Argentinien – Das argentinische Forschungsprogramm «Teologanda» – Die deutschsprachige Theologinneninitiative «Agenda» – Gemeinsame Studientage seit 2002 – Der Kongreß in Argentinien – Feministische Theologien und die katholische Kirche – Der Leitbegriff «Ciudadanía» – Biographie und theologische Reflexion – Empowerment und die Frage der Institutionen – Der Beitrag indigener Traditionen – Das Dilemma der Frauenrechte – Feministische Theologie im Generationenzusammenhang.

Annegret Langenhorst, Wendelstein

ZEITGESCHICHTE/THEOLOGIE

«...to Make the Wounded Whole ... »: Vierzig Jahre nach der Ermordung von Martin Luther King - Von Montgomery nach Memphis - Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung im Kontext - Der Marsch von Selma nach Montgomery - Der «Voting Rights Act» vom 6. August 1965 -Die Tradition der afro-amerikanischen Baptisten - Die Bibellektüre aus der Perspektive der Sklaven - Erschließung neuer Quellen - Ein Idealbild des Predigers - Authentizität und Intellekt - Die Tradition des «Social Gospel» - Rezeption der liberalen Theologie - Gott auf der Seite der Sklaven - Ein dialektisches Verfahren - Vom «amerikanischen Traum» zum Albtraum - Erinnerung an die Opfer der Bürgerkriegsbewegung - Ein uneingelöstes Erbe. Nikolaus Klein

POLITIK/ZEITGESCHICHTE

Polen nach den Wahlen von Oktober 2007: Erste Bilanz der Regierung unter Donald Tusk (Erster Teil) Das Ende der Regierung von Jarosław Kaczyński – Belastungen in den deutsch-polnischen Beziehungen – Die Parlamentswahlen im Oktober 2007 – Ein Plebiszit gegen die bisherige Regierung – Starke Zustimmung für die «Bürgerplattform» – Veränderungen der politischen Landschaft – Zum Stellenwert des «Postkommunismus» – Ein Blick auf die Geschichte nach dem Umbruch von 1989 – Die Regierungserklärung vom 23. November 2007 – Zur Zusammenarbeit mit dem Staatspräsidenten Lech Kaczyński – Das Problem der Doppelspitze von Staatspräsident und Premier. (Zweiter Teil folgt)

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

Osten». Und dann? Der Knabe läßt nicht locker. «Wollen wir das wissen?» fragt sich selbst dieser sonst so mutige Vater laut. Doch am Schluß der Erzählung stürzt auf den Knaben ein überwältigendes Wissen ein. Denn im XI. Viertel mit seinen Eilanden, dem Schmutz und der stillen Armut, stößt er auf «die Welt des Transports»: «Ich bleibe vor einem Zaun aus dickem Maschendraht stehen, dahinter liegt ein Rangiergelände. Ein Stück weiter stehen zwei Güterwaggons, die schon aneinandergekoppelt sind. Und dann sehe ich sie. Sie sind gerade dabei, aus zwei Lastwagen zu klettern (...). Und niemand weist den Gesternten den Weg. Den wissen sie von selbst (...). Alle sind jetzt im Waggon und stehen dicht gedrängt, das Gesicht der Tür zugewandt (...). Und dann geschieht etwas Unbegreifliches. Die Menschen drinnen schieben die Rolltür langsam zu, bis sie mit einem hellen Ting ins Schloss fällt. (Ihr seid verrückt!), rufe ich auf einmal. Meine Stimme verliert sich zum Glück im Raum (...). Die Waggons, die dort stehen, voll von Leben, sind leblos in einem Brunnen von Stille. Und auch wenn ich keine Worte dafür finde: Auf einmal weiß ich es.» Mit dieser gespenstischen Szene, die den kindlichen Zaungast vorzeitig aus der Unbefangenheit der Jugend herausgeschleudert hat, endet die bewegende Erzählung von Heere Heeresma.

Stark durch das Geheimnis

Acht Jahre alt ist der Ich-Erzähler gewesen, als die Deutschen am 15. Mai 1940 auf Amsterdams schönstem Platz, dem Dam, einmarschierten, «die Gesichter unter den eindrucksvollen Helmen reglos wie Pappe. Und keine Sekunde blickten sie zur Seite, zu den Leuten. War es aus Verachtung oder auf Anweisung? Jedenfalls war uns Jungens klar, dass unsere Truppen für diese Streitmacht kein Gegner gewesen waren.» Der Knabe beobachtet fortan in seiner ausgeprägten Neugier genau, fragt bei den Eltern nach, fordert seinen Vater immer wieder zum Gespräch heraus. Vater und Sohn aber verbindet eine tiefe Übereinstimmung: Beiden gemeinsam sind die kritische Haltung, das eigenständige Denken und eine zarte Empathie für die Not des Mitmenschen. Doch überall lauert Gefahr, die ebenfalls aus menschlicher Nähe rührt. Denn es gilt zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Nachbarn zu unterscheiden. Manch einer von ihnen bessert sein Einkommen, seine Rente auf, indem er einen untergetauchten Juden anzeigt und dafür sieben Gulden fünfzig erhält. Auch muß man seine Zunge hüten, um vor falschen Zuhörern nicht das Falsche zu sagen. Ebenso können Bücher, wie sie in der elterlichen Wohnung in großer Zahl vorhanden sind, leicht ins Verderben führen; allein schon für Publikationen mit den Fotos der königlichen Familie oder mit patriotischen Liedern, «die vom kleinen, wehrhaften Holland und niederländischen Blut in unseren Adern erzählten», kann man ins Kittchen wandern oder «auf Transport gehen». Auch außerhalb der Wohnung muß man die Regeln der Besatzungsbehörde strikt beachten - etwa bei Fliegeralarm, bei dem man unter Androhung von Strafe sofort die Straße zu verlassen hat. In solchen Momenten zieht der Vater des Knaben eine weiße Armbinde aus der Tasche und befestigt sie am linken Ärmel, «darauf ein Stempel und in schwarzen Lettern «Geistlicher Beistand». Der ihn begleitende Sohn aber soll sich, falls eine Streife anrückt, als Kees de Wees aus Vlaardingen ausgeben. Weit entfernt liegt eine solch subversive Haltung von «deutschem Gehorsam», und früh übt sich der Knabe in diese sublimen Formen des Widerstands ein.

Auf eine ernste Probe wird der Knabe gestellt, als Johan Hiegentlich in seine Familie einzieht. Der Vater hält eine kleine Ansprache, in der er die Regeln zur Wahrung der Sicherheit – sowohl des Flüchtlings wie der eigenen Familie – aufstellt. Er werde diese Regeln in den nächsten Tagen noch einige Male wiederholen, fügt er energisch hinzu. Erst erschrickt der Sohn über den väterlichen Ton, aber er merkt sofort: «Er redet nur so streng, weil es wichtig ist. Alles oder nichts (...). Auch sagt er, dass eine Luke in den Fußboden im Flur kommt, die von innen geschlossen werden kann. «Falls sie eine Razzia machen».» Der Knabe trägt mit seinem Wissen das Leben des geheimen Hausbewohners mit.

Aber anders als erwartet sieht er sich nicht einer Überforderung ausgesetzt: «Die Vorstellung, ein Geheimnis zu haben, für das ich verantwortlich bin und das nie durchsickern darf, gibt mir ein ganz neues Gefühl. Ich bin stark ...»

Elis Schrei frühmorgens

Eindrücklich fällt die Begegnung des Knaben mit einem älteren holländischen Soldaten aus. «Habe ich den Soldaten gefragt, wie es war? Seine Stimme ist brüchig, als er sagt, es sei gewesen, als wenn ein Riese mit einer Spitzhacke auf ein Kaninchen einschlägt (...). Dann legt er mir seine Hand auf die Schulter (...) und sagt heiser, dass ich es nie tun soll. In der Armee kämpfen. Dass es zu gefährlich ist. Nimm rechtzeitig die Beine in die Hand, versprich mir das! Besser, du lebst in einem anderen Land, als dass sie dich in eine andere Welt befördern.» Heere Heeresma fügt solche Szenen locker wie Impressionen aneinander, als ob er mit diesem Verfahren, das auf den Leser manchmal inkohärent wirkt, dem schwer lastenden Erinnerungsstoff trotzen möchte. Doch erfahren wir aus diesem Text viel über den Alltag einer Stadt im Ausnahmezustand, den andere Juden und Jüdinnen Amsterdams ebenfalls beschrieben haben: etwa Ruth Liepman («Vielleicht ist Glück nicht nur Zufall», Kiepenheuer & Witsch 1993), Grete Weil («Tramhalte Beethovenstraat», Limes 1963) oder die beiden Tagebuchschreiberinnen Anne Frank und Etty Hillesum («Das denkende Herz», Kerle 1983). So vereinigen sich die Reminiszenzen des Knaben mit den Stimmen der anderen Zeuginnen und Zeugen zu einer Polyphonie des Schmerzes. Lautlos ist dieser und fast klaglos, denn in die besetzte Stadt ist eine unheimliche Stille eingezogen. Um so mehr gräbt sich an einem frühen Morgen, als alle im Haus noch schlafen, Elis Schrei, draußen auf der Straße, in die Seele des Knaben ein. «... dieser Schrei wird mich mein ganzes Leben begleiten. Er ist das einzige, was von der Familie übrig ist und bei mir verwahrt bleibt.»

Samstags durfte er jeweils als einziger aus dem Viertel Eli zu Hause besuchen, und noch in der Erinnerung vibriert der heimliche Stolz über diese Auszeichnung: «Sie hielten Schabbes, und ich durfte dabei sein. Und auch ich trug ein sauberes Hemd und etwas auf dem Kopf, während wir am Tisch saßen und in seltsamen Büchern lasen (...). Und am Ende des Nachmittags war es meine Aufgabe, die Töpfe vom Fußende der Betten zu holen. Sie waren in Zeitungspapier eingewickelt, um das Essen warmzuhalten. Beim Weggehen machte ich das Licht an. Ein Schabbesgoi. Und so war es gut.»

Begriffe wie «Schabbesgoi» (angewandt auf den Nichtjuden, der am Sabbat die in einem jüdischen Haushalt anfallenden Arbeiten verrichtet) werden in einem Glossar erklärt. Dem Mitschüler Eli hat der Knabe übrigens auch die Generalstabskarte von Rußland gezeigt, in die der Vater rote, grüne und blaue Linien eingezeichnet hatte. Diese ließen bei unvoreingenommenem Studium erkennen, daß die offiziellen Nachrichten Schönfärberei betrieben. Denn griffige Formeln wie «Verkürzung der Front» oder «Begradigung der Linien» bedeuteten in Wirklichkeit: Rückzug der Truppen in Richtung Heimat, während die Kioskfrau von nebenan fand, der Krieg komme gut voran. Auch die beiden Knaben verband ein gefährliches Wissen und zugleich ein stärkendes Geheimnis.

Umgang mit dem Wort

So prägten widersprüchliche Erfahrungen die frühen Jahre des Erzählers. Daheim fühlte sich der Junge in der familiären Geborgenheit aufgehoben, draußen aber nahm er mit allen Poren das Klima der Bedrohung auf. Krankheit und Tod wuchsen sich damals, mitten im jugendlichen Aufbruch des Knaben zum Leben, zu alltäglichen Erlebnissen aus. Auch das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlor in den Augen des Knaben drastisch an Gültigkeit. Während es zu Hause nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt wurde, schrumpfte es in den Bombennächten auf ein erbärmliches Minimum. «Die Todesgefahr ließ die Menschen

nicht zusammenrücken», schreibt Heere Heeresma im Rückblick, «von Herzlichkeit oder einem Gefühl geteilten Leides keine Spur». Der Leser sieht sich ungeschminkten Erinnerungen gegenüber, wahrhaftigen Bildern einer Jugend im politischen Ausnahmezustand – keiner Beschwichtigung oder gar Idealisierung.

Es ist noch nachzutragen, daß der Vater an jenem Abschiedsessen für Johan Hiegentlich drei Verse des Psalms 17 weggelassen hat. Der Knabe hat ihn später gefragt, warum er Vers 3 bis 5 nicht gelesen habe. Ihr Wortlaut:

«Prüfst du mein Herz,/ suchst du mich heim in der Nacht und erprobst mich,/ dann findest du an mir kein Unrecht.

Mein Mund verging sich nicht,/ trotz allem, was die Menschen auch treiben;/ ich halte mich an das Wort deiner Lippen.

Auf dem Weg deiner Gebote gehn meine Schritte,/ meine Füße wanken nicht auf deinen Pfaden.»

Der Vater antwortet auf die Frage des Sohnes: «Derjenige, der hier spricht, ist ein so aufrechter Mensch, dass wir uns nicht einmal in seinem Schatten niederlassen dürften.» Diese Antwort hat sich dem Fragesteller eingeprägt. Es stand dahinter ein selten sorgfältiger und respektvoller Umgang mit dem Wort. Nicht umsonst ist der Sohn, aus solchen Quellen genährt, später zum Schriftsteller geworden. Sechzig Jahre später kommentiert Heere Heeresma die Antwort des Vaters mit einem einzigen Satz, der den Leser noch einmal zum Nachdenken verführt: «Wer die Heilige Schrift so zu lesen versteht, ist bei ihr angekommen und kann in aller Freiheit mit ihr umgehen.»

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern

Doing theology aus der Perspektive der Frauen

Erster Kongreß von Theologinnen aus Lateinamerika und Deutschland in Argentinien

Zum ersten Mal haben sich in der Osterwoche im argentinischen San Miguel (Provinz Buenos Aires) Theologinnen aus ganz Lateinamerika getroffen, um zusammen mit deutschen Kolleginnen die Erfahrungen und Optionen von Frauen zu reflektieren, die Theologie treiben. Das Thema dieses «ersten Kongresses lateinamerikanischer und deutscher Theologinnen» lautete «Biographien, Institutionen und Bürgerinnenrechte (ciudadanía/citizenship). Theologie und Gesellschaft aus der Perspektive der Frauen». Die Veranstalterinnen, zusammengeschlossen im argentinischen Forschungsprogramm «Teologanda» und dem Forum deutscher katholischer Theologinnen «Agenda», waren überwältigt vom Ausmaß des Interesses an diesem bisher einzigartigen Kongreß: Nahezu 300 Theologinnen und einige Theologen versammelten sich in der Philosophisch-Theologischen Hochschule San Miguel und suchten die Vernetzung untereinander und mit anderen Disziplinen. Gekommen waren sie aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, der Dominikanischen Republik, El Salvador, Kolumbien, Mexiko, Paraguay, Peru, Puerto Rico und Uruguay, aber auch den USA, Spanien und Deutschland.

Erwachsen ist die Idee des Kongresses aus der intensiven Zusammenarbeit von Virginia Azcuy, Professorin für Dogmatik und Spiritualität an der Pontificia Universidad Católica in Buenos Aires und Gründerin des Studien- und Forschungsprogrammes von argentinischen Theologinnen «Teologanda» (www.teologanda. com.ar), mit Margit Eckholt, Professorin für Dogmatik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Salesianer Don Boscos, Benediktbeuern, und Vorstandsmitglied des deutschen Theologinnenforums Agenda (www.agenda-theologinnen-forum-de). 2002, 2004 und 2006 konnten gemeinsame Studientage von «Teologanda» und «Agenda» in Kooperation mit der Katholischen Akademie «Die Wolfsburg», Mülheim an der Ruhr, dem Stipendienwerk Lateinamerika-Deutschland e.V. und der Bischöflichen Aktion Adveniat in Deutschland durchgeführt werden. Inzwischen gehören an die 40 Theologinnen zu «Teologanda»1 und haben sich vorgenommen, die Theologie, die in Lateinamerika, dem karibischen Raum und den Vereinigten Staaten von Frauen vorangetrieben wird, gründlich zu studieren und bekanntzumachen. In zahlreichen Seminaren und Publikationen widmen sich die Theologinnen von «Teologanda» diesem Ziel, insbesondere in der ambitionierten Reihe «mujeres haciendo teologías» (Frauen treiben Theologien), deren erster Band einen «Diccionario de Obras de Autoras en América Latina, el Caribe y Estados Unidos» (San Pablo, Buenos Aires 2007) darstellt. Soeben erschienen ist der zweite Band «Antología de Textos de

Autoras en América Latina, el Caribe y Estados Unidos» (San Pablo, Buenos Aires 2008), die Kongreßbeiträge werden ebenfalls in dieser Reihe veröffentlicht werden.

Wenn die Perspektive der Frauen auf die Tagesordnung eines theologischen Kongresses gesetzt wird, geht es um nicht weniger als um Zukunft der Theologie und der Kirche, ist Margit Eckholt, die Vorsitzende des Kuratoriums des Stipendienwerks Lateinamerika-Deutschland, überzeugt. Margit Eckholt, erklärte in ihrem Einführungsreferat die Frauenfrage zum Prüfstein für eine wirkliche Rezeption der Moderne durch die Kirche und machte klar: «Aus schöpfungs- und gnadentheologischer Perspektive und dem Reich-Gottes-Horizont der Kirche kommt allen Gläubigen die gleiche Würde zu, als Kinder Gottes ist allen Gottes Freundschaft geschenkt, es gibt keine Bürger und Bürgerinnen erster oder zweiter Klasse. Dies ist der Verfassung der Kirche eingeschrieben, als leitender theologischer Horizont ... Die Frauenfrage ist kein marginales Thema: Sie als (Gnadenchance) für die Kirche zu sehen, in der die Kirche in ihren Grundvollzug als «Sakrament des Heils> (vgl. LG 1,1) hineinwachsen kann, ist eine der großen Herausforderungen heute ...»² Margit Eckholt deutete die sakramentale Gnade von Taufe und Firmung als «Empowerment» aller Gläubigen und betonte, «daß Kirche sich selbst marginalisiert, wenn sie in der Theologie von Frauen allein Marginalien sieht.»³ Nicht nur in der pastoralen Praxis könne die Kirche gar nicht mehr vom Beitrag der Frauen absehen, auch theologisch sei im Anschluß an das Zweite Vaticanum das Wahrnehmen der verschiedenen Subjekte in der Kirche eines der «Zeichen unserer Zeit»: «die Subjekthaftigkeit von Kirche konkretisiert sich im Sichtbarmachen der vielen Gesichter des Volkes Gottes, dazu gehören Männer und Frauen».4

Plädoyer für feministische Theologie

Virginia Azcuy versuchte in ihrem Eröffnungsreferat einen Brükkenschlag zwischen dem katholischen Lehramt und den christlichen feministischen Theologien, indem sie die Frage nach der Würde der Frauen als implizit christologisch verankert beschrieb. Virginia Azcuy findet Belege für ihre These schon in «Gaudium et spes» Nr. 29 in der Absage gegen jegliche Diskriminierung

^{*} Heere Heeresma, Ein Junge aus Amsterdam. Erzählung. (Reihe Meridiane), Ammann Verlag, Zürich 2008.

¹ Vgl. zur Entstehungsgeschichte: Margit Eckholt, Kreativ auf neuen Wegen. Theologinnen in Lateinamerika, in: HerKor 61 (2007), Nr. 10, 515-520.

² Margit Eckholt, Ciudadanía, sacramentalidad de la Iglesia y empoderamiento de las mujeres. Observaciones para una nueva teología pública, in: Stromata, 64 (2008), Nr. 1/2, 15-25, hier 21f. In der Märzausgabe der Zeitschrift Stromata, hrsg. von der Jesuitenuniversität San Miguel/Argentinien, wurden die Hauptreferate des Kongresses vorab veröffentlicht. Deutsche Beiträge werden nach den dt. Skripten zitiert, Zitate aus dem Spanischen übersetzt von A.L.

³ Ebd., 24.

⁴ Ebd., 18.

einer Person aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Rasse oder Hautfarbe, aber auch in der Würdigung der vorrangigen Option für die Armen in der Eröffnungsansprache Benedikts XVI. auf der V. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Aparecida, deren Schlußdokument eine ausdrückliche Verurteilung des Machismo enthält. Virginia Azcuy möchte die Gesichter der leidenden Frauen sichtbar machen und belegte die gewaltsame Unterdrückung der Frauen in ihrem Land mit Zahlenmaterial des «Berichts über Gender und Menschenrechte in Argentinien» (2005).

Virginia Azcuy sprach sich gegen disqualifizierende Vorurteile gegenüber feministischen Theologien aus und stellte klar: «Der Feminismus definiert sich als zusammenhängender Komplex von Theorie und Praxis, in dem die Unterdrückung, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen durch männliche Machtausübung kritisiert wird mit dem Ziel, das Leben in Fülle für Frauen, für die ganze Menschheit und den Kosmos zu befördern.» 5 Feministische Theologie wolle, so Virginia Azcuy, im Zeichen der Einheit von Gottes- und Nächstenliebe die Blindheit gegenüber geschlechtsspezifischer Unterdrückung überwinden und beitragen zum Erblühen des Lebens von Frauen und der gesamten Menschheit. Den praktisch-politischen Beitrag feministischer Theologie im Geiste von Partnerschaftlichkeit und aktiver Solidarität unterstrich Virginia Azcuy besonders: «Die feministischen Theologien ... formulieren nicht bloß auf theoretischer Ebene Traditionen und Symbole neu, sondern sie wollen neue gesellschaftliche und kirchliche Formen des Zusammenlebens schaffen.»6

Intensiv diskutiert wurde einer der Leitbegriffe des Kongresses, die «Ciudadanía», mangels präziser deutscher Übersetzung (am ehesten: BürgerInnenrecht) meist mit dem Konzept «Citizenship» wiedergegeben. Consuelo Vélez Caro, Professorin der Universidad Javeriana in Bogotá versuchte den aus dem demokratischen Bürgerrecht stammenden Begriff in Analogie auf die Kirche zu übertragen. Sie analysierte in ihrem Referat das Dokument von Aparecida, würdigte seine Verurteilung von sexistischer Diskriminierung und kritisierte gleichzeitig, daß der analytische «Gender»-Begriff im Schlußdokument von Aparecida nur undifferenziert als «Gender-Ideologie» auftaucht. Mit einer knappen Mehrheit von 66 zu 58 Stimmen sei eine Streichung dieser Formulierung verhindert worden. Unter den 266 (beratenden und stimmberechtigten) Teilnehmenden der Konferenz von Aparecida seien die 24 eingeladenen Frauen eine kleine Minderheit gewesen.

Biographie und «Ciudadanía»

Unter interdisziplinärer Perspektive beleuchtete eine zweite Plenumsveranstaltung die Begriffe der Biographie und der «Ciudadanía». Alcira Beatriz Bonilla von der Universität Buenos Aires (CONICET) betrachtete die biographischen Schriften von Simone de Beauvoir, Hannah Arendt und insbesondere der Philosophin María Zambrano unter dem Aspekt der «Biographie als philosophischer Gattung», in welcher die Autorinnen sich mit «poetischer Vernunft» den Paradoxien des Lebens zum Trotz auf die Suche nach ihrer Identität machen. Die Anthropologin Sonia Montecino Aguirre von der Universidad Santiago de Chile schlug den ethnologischen Begriff «huacha» als symbolische Konstruktion des Weiblichen im lateinamerikanischen Kontext vor. «Huacho» bedeutet in der andinen Sprache Quechua einen Menschen illegitimer Herkunft ohne Besitz und Geld, aber auch ein Tier, das sich von der Herde getrennt hat und schutzlos ist. Sonia Montecino Aguirre verwendet die weibliche Form «huacha», um die Erfahrungen von lateinamerikanischen Frauen im öffentlichen Kontext symbolisch zu beschreiben: Ohne eigene Tradition, quasi illegitim oder des legitimen Platzes beraubt, müssen Frauen sich gesellschaftlichen Zugang verschaffen und sich Hierarchien unterwerfen, werden sie als Gebärerinnen allein gelassen, als Verführerinnen auf ihre Körperlichkeit reduziert: «Der unbequeme Zustand der huacha wird sie spüren lassen, daß es ihr nicht in erster Linie an (männlicher) Macht fehlt, sondern daß es einen substantiellen Wertewandel ... braucht, der eine egalitäre gesellschaftliche Wertschätzung von Mann und Frau angesichts ihrer Differenz ermöglicht.»7

Aus sozialethischer Perspektive reflektierte die Vorsitzende von Agenda, Hille Haker, den Begriff der «Citizenship» als demokratisches Konzept der Zugehörigkeit zu einem politischen Raum, welche Wohnrecht und Partizipationsrecht umfaßt. In diesem Raum sei die Identität jeder Einzelnen, aber auch jeder Gruppe angewiesen auf Anerkennung. Dem Konzept des autonomen Selbst setzte die Professorin für Christliche Ethik an der Universität Frankfurt dabei ihr Konzept des fragilen Selbst entgegen: «Unsere Souveränität ist jederzeit brüchig, fragil, weil abhängig von anderen und von einer Kontingenz, die wir niemals überwinden können.»⁸ Allerdings dürfen die Identitätsreflexionen der feministischen Ethik nicht den Weg zu einer handlungsorientierten Solidarität verstellen: «Ich kann mit einer mir völlig fremden Frau das Ziel verfolgen, unseren Handlungsspielraum zu steigern, uns stärker in die politischen Strukturen einzubinden und eine Gesundheitsversorgung aufzubauen, die genügend Absicherung gegen Krankheit und Alter schafft.» Abschließend forderte Hille Haker: «Zum einen muß Theologische Ethik die verschiedenen Formen der sozialen, gesellschaftlichen und staatlichen Verweigerung von Zugehörigkeit und Citizenship gegenüber Frauen in den verschiedenen Kontexten ... kritisch reflektieren, um eine praktische Orientierung für die Beseitigung ungerechter Strukturen entwickeln zu können. Zum anderen muß sie aber die Theologie und kirchliche Praxis ... kritisch reflektieren, und sie muß in der Perspektive der christlichen Ethik auf Veränderungen drängen: Beteiligungsrechte und Zugehörigkeit gelten in analoger Weise für die säkulare Gesellschaft wie auch für die Kirche, und sie muß sich entsprechend in der kirchlichen Praxis niederschlagen.»10

Mensch als verletzliches Wesen

An Hille Hakers Konzept des fragilen Selbst schloß sich am nächsten Tag der Vortrag von Barbara Andrade nahtlos an. Die deutschstämmige Theologin an der Universidad Iberoamericana in Mexiko-Stadt skizzierte in bestechender Klarheit anthropologische und psychotherapeutische Grundlagen der vielfältigen Abhängigkeiten unserer Wirklichkeitswahrnehmung. Biographisch sei unser Denken insofern immer, als wir uns verständigen müssen über das Gewordensein unserer Wahrnehmung von Wirklichkeit. Auf dieser hermeneutischen Basis kritisierte sie das maskulin geprägte zeitgenössische Ideal des Menschen als unabhängigem, freiem und allein entscheidungsfähigem Wesen und setzte diesem die Beschreibung des Menschen als verletzlichem Wesen entgegen, abhängig und in vielfältigen Beziehungen zu anderen, das sich selbst zur Frage wird und seine Identität suchen muß. Diese Suche müsse nicht als Abgrenzung von anderen verstanden werden, sondern gelinge nur dank der anderen. Barbara Andrade übertrug diesen anthropologischen Entwurf auf eine neue kirchliche Selbstwahrnehmung als einer Erzählgemeinschaft «auf dem Weg», welche die durch Exklusion der anderen entstandenen Verzerrungen der Wahrnehmung überwindet.

Im Plenum «Theologien, Biographien und nomadische Identitäten» wurden anschließend insbesondere die biblischen Perspektiven bedacht. Die Münsteraner Exegetin Marie-Theres Wacker setzte sich kritisch mit dem Konzept des «nomadischen Subjekts» von Rosi Braidotti auseinander, um es dann fruchtbar zu machen

⁵ Virginia Azcuy, Fe cristológica y dignidad de las mujeres. Sugerencias para una travesía de des-ocultamiento y compañerismo, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 3-14, hier 11. 6 Ebd., 14.

⁷ Sonia Montecino Aguirre, La huacha como construcción simbólica del género femenino o los indicios de una escena antropológica latinoamericana, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 53-63, hier 62f.

⁸ Hille Haker, Ciudadanía, pertenencia y ética teológica, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 67-77, hier 68. 9 Ebd., 72.

für eine Deutung alttestamentlicher Texte. Die Gottesoffenbarung in Ex 3,14 lasse sich so nicht als Offenbarung einer festen «identity card» verstehen, vielmehr entzögen sowohl die Redeformen als auch ihr Inhalt den «Gottesnamen» gewohnten, festgelegten Vorstellungen. Nancy Bedford, die sowohl am Garrett Evangelical Theological Seminary in den USA lehrt als auch am Institut ISEDET (Instituto Superior de Estudios Evangélicos) in Buenos Aires, bezog ihre persönlichen Mobilitätserfahrungen ein in ihre Überlegungen zur «Konstruktion einer feministischtheologischen Identität in Migration». Mit Blick auf die tödlichen Grenzwälle zwischen Mexiko und den USA betonte sie: «Gott akzeptiert keine Grenzen.»11

Institutionen und Empowerment

Den konkreten Institutionen und dem Empowerment von Frauen widmete sich ein viertes Plenum. Ausgehend von der singulären Bewegung der Mütter und Großmütter der Plaza de Mayo, untersuchte Graciela Di Marco, Leiterin der Studien zu Demokratisierung und Menschenrechten in Argentinien (Universidad Nacional de San Martín), die argentinische Frauenbewegung der neunziger Jahre (z.B. vom Movimiento de Mujeres Agropecuarias en Lucha; Coordinadora contra la Represión Political e Institucional; Madres del Dolor; Frauen in NGOs, Gewerkschaften und Stadtviertelversammlungen), während die Kirchenhistorikerin Ana María Bidegain (Florida International University) den Blick richtete auf die Rolle der kirchlichen Institutionen und ihren Beitrag zum «Empowerment» von Frauen in der lateinamerikanischen Geschichte. Ana María Bidegain zeichnete die Entwicklung der Frauenkongregationen in Lateinamerika nach und ihre Öffnung für neue Lebensformen, intensive theologische Ausbildung und ein Empowerment der Ordensfrauen als Folge der Rezeption des Konzils und der Dokumente von Medellín und Puebla: «Die Kongregationen sind (durch das Konzil) von einem Leben mit beträchtlicher kollektiver Macht (poder), aber ohne persönliche Macht, vielmehr unter der Macht der ihnen von Männern auferlegten Normen ... zu einem Modell übergegangen, das ihnen erlaubte, über sich selbst zu verfügen, selbst zu entscheiden über ihren Glauben und ihre sinnstiftenden Werte... Durch die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln und die Neu-Fundierung ihrer Gemeinschaften konnten sie den drei evangelischen Räten eine neue Bedeutung geben und ihre religiöse Identität als Frauen neu

Hedwig Meyer-Wilmes, bis 2007 Professorin für feministische Theologie der Universität Nijmegen, ging das Thema «Institutionen und Empowerment» von den verschiedenen soziologischen Definitionsversuchen von Macht her an und griff die Kyriarchatskritik von Elisabeth Schüssler Fiorenza auf, um die Macht der Ohnmächtigen zu beschreiben. Elisabeth Schüssler Fiorenzas «wo/men-ekklesia»-Konzept bringe als positives Gegenmodell ein Verständnis von Kirche und Bürgerschaft als demokratische Gemeinschaft vollwertiger BürgerInnen zum Ausdruck. Auch den seit der Weltfrauenkonferenz in Beijing in die theologischen Debatten eingeflossenen Begriff des Empowerments interpretierte Hedwig Meyer-Wilmes als positiven Begriff von Macht: «Empowerment ist ein Prozeß, der sich dem Engagement einzelner Personen, Gruppen und Gemeinschaften verdankt, die der Entmächtigung eine Praxis der Ermächtigung gegenüber stellen ... Sie sind das, was Nancy Fraser «subalterne Gegenöffentlichkeiten» nennt oder Elisabeth Schüssler Fiorenza als wo/men-ekklesia skizziert hat. Empowerment ist Macht zu und nicht Macht über.»¹³

10 Ebd., 76f.

Auch mit Blick auf ihre eigenen Erfahrungen mit Institutionen folgerte Hedwig Meyer-Wilmes, ehemalige Präsidentin der ESW-TR: «Macht haben Frauen in Institutionen nur, wenn sie sich auf ein Netz auf der ganzen «Oberfläche des sozialen Feldes» beziehen können.»¹⁴ Ihre Bilanz formulierte sie mit der Metapher des Tango: «Frauen haben sich in Institutionen verortet und diese benutzt, um z.B. die Theologie um die Erfahrungen von Frauen zu bereichern. Sie haben der Entmächtigung durch die Männerkirche die Ermächtigung durch Wissen und Kooperationsfreude gegenübergestellt ... Sie haben für die Partizipation von Frauen an der politischen, wissenschaftlichen und kirchlichen Macht gesorgt. ... Noch wenig selbstverständlich ist (hingegen), daß sie auch diese Institutionen repräsentieren dürfen. Respekt ist Frauen, die in Institutionen arbeiten, nicht versagt geblieben, Anerkennung ist Mangelware. Lassen Sie es mich im Bild des Tango sagen: An den Universitäten ist man soweit, daß man zusammen einen Molino tanzt, das ist ein Tanzschritt, bei dem die Frau sich um den stehenden Mann herum bewegt. Bis zum Ocho ist es noch ein weiter Weg, das ist ein Tanzschritt, bei dem sich Mann und Frau in gebührendem Abstand zusammen in eine Acht hineinbewegen.»15

Das Dilemma der Frauenrechte

Programmatisch wandte sich das Abschlußplenum der Frage nach «Menschenrechten, Citizenship und Politik» zu. Die Philosophin Marta Palacio von der Katholischen Universität Córdoba (Argentinien) und die Bamberger Sozialethikerin Marianne Heimbach-Steins waren sich einig in ihren an Martha Nussbaum anschließenden Analysen der Paradoxien der Menschenrechte: Der Anspruch auf Universalität der Menschenrechte stehe im Widerspruch zum latenten sexistischen und eurozentrischen historischen Hintergrund ihrer Entstehung; außerdem, so Marta Palacio, sei die Frage der «politischen Membership» für die Menschenrechte problematisch, also die Menschenrechte der Rechtlosen, Landlosen, Illegalen, Migranten; schließlich sei die Frage offen, ob sich die im europäisch-westlichen Denken verwurzelten Menschenrechte auch auf andere Kulturen übertragen lassen, ohne diese zu vergewaltigen.

Marianne Heimbach-Steins erläuterte die Festschreibung von Frauenrechten als Menschenrechten im Diskriminierungverbot der Vereinten Nationen (1979) und in der Wiener Erklärung der Menschenrechtsweltkonferenz (1993) und machte auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufmerksam, hätten doch von den 182 Staaten, die das Vertragswerk bis heute ratifiziert haben, mehr als 80 Staaten substantielle Vorbehalte angemeldet. Die Sozialethikerin und ehemalige Agenda-Vorsitzende forderte: «Es geht nicht darum, exklusive Frauen (menschen) rechte zu proklamieren, sondern frauenspezifische Menschenrechtsverletzungen als solche aufzudecken und den Schutz vor solchen Angriffen auf die Würde von Menschen weiblichen Geschlechts mit dem Instrumentarium der Menschenrechte zu sichern. Damit Frauen wirksam an der Schutzfunktion allgemeiner Menschenrechte teilhaben können, muß das Instrument so revidiert, differenziert und erweitert werden, daß es die spezifischen Unrechtserfahrungen, unter denen Frauen leiden, abbildet, zur Sprache bringt und zu beantworten vermag.»16

Marianne Heimbach-Steins fragte sich, ob die Menschenrechte dem Geschlecht gegenüber blind seien, und konstatierte eine dem formalen Gleichheitskonzept geschuldete Sprachlosigkeit der Menschenrechte angesichts von Unrechtserfahrungen von Frauen. Die in liberaler Tradition formulierten Menschenrechte schützten insbesondere das Individuum vor dem Zugriff staatlicher Gewalt, während die Familie dem Zugriff staatlicher Regulierung möglichst weitgehend entzogen bleiben sollte. Gerade

¹¹ Nancy Bedford, Plantar huertas, escuchar a los árboles. Hacia una construcción de la subjetividad teológica feminista en migración, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 95-110, hier 109.

¹² Ana María Bidegain, Mujeres, empoderamiento e instituciones religiosas en la historia latinoamericana, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 139-150, hier

¹³ Hedwig Meyer-Wilmes, Instituciones y empoderamiento, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 151-157, hier 152 u. 155.

¹⁴ Ebd., 152.

¹⁵ Ebd., 157.

¹⁶ Marianne Heimbach-Steins, Los derechos humanos, ¿son ciegos al género?, in: Stromata 64 (2008), Nr. 1/2, 179-189, hier 181.

der private Raum der Familie ist aber der Ort vielfacher Gewalt gegen Frauen. Außerdem könnten Frauen selbst Verhältnisse der Ungleichheit oft nicht als Unrechtserfahrung wahrnehmen. Marianne Heimbach-Steins plädierte daher für eine kritische Diskussion der Traditionen unter Beteiligung der Betroffenen. Das Dilemma der Frauenrechte sei freilich: «Die Gewährleistung von Freiheitsrechten ist Voraussetzung für den öffentlichen Diskurs über die Implikationen der Freiheit gegenüber Traditionen, sie stehen aber gerade aufgrund der traditionsbedingten Einschränkungen den Frauen vielfach nicht zu Gebot. Um daher die entsprechenden Voraussetzungen für Frauen in patriarchal geprägten kulturellen Kontexten und gesellschaftlichen Strukturen zu realisieren, reicht es erfahrungsgemäß nicht, auf die etablierten politischen Institutionen zu vertrauen.»¹⁷ Vielmehr setzt die Sozialethikerin auf zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die Internationale Frauenmenschenrechtsbewegung und die NGOs und erhofft von deren Lobbyarbeit die Befähigung von Frauen, ihre legitimen menschenrechtlichen Anliegen in die Hand zu nehmen.

«Awicha»

Abschließend richtete María Clara Bingemer, Theologin an der Päpstlichen Universität von Rio de Janeiro, den Blick noch einmal auf die binnenkirchlichen Fragen. Sie zeichnete die Entdekkung der vorrangigen Option für die Armen durch die Befreiungstheologie nach, die Erkenntnis von der Feminisierung der Armut und den Kampf der lateinamerikanischen Theologinnen für eine «Feminisierung der theologischen Begriffe» (Ivone Gebara). Die Gender-Theorie habe die feministische Theologie zur Erkenntnis gebracht, daß auch die Rede von Gott dem sozialen und kulturellen Konzept von «Gender» unterworfen sei. Insbesondere das Thema der Körperlichkeit sei angesichts der Tatsache herausfordernd, daß in der Kirche die sichtbaren Körper männlich seien, während Frauenkörper als störend empfunden würden. Die Frage der kirchlichen Ämter sei für Frauen nach wie

17 Ebd., 181.

vor schmerzlich, beklagte María Clara Bingemer. Dennoch sieht sie die lateinamerikanische feministische Theologie an einem vielversprechenden Punkt angekommen und den Theologinnenkongreß als hoffnungsvollen historischen Moment auf diesem Weg. Das ausgesprochen dichte dreitägige Programm des Kongresses fand nicht nur in den Plenumssitzungen statt, sondern ließ Raum für eine Fülle von Einzelbeiträgen der anwesenden Theologinnen und Theologen verschiedener Generationen. Die insgesamt 39 «Thementische», in denen je drei Referentinnen zu Wort kamen, fokussierten sich auf vier schlagwortartig überschriebene, weite Themenbereiche: 1. Theologie, Gender-Perspektive und Identität; 2. Narrationen, Texte und Konstruktion von Identitäten; 3. Kirche, Familie, soziale Beziehungen und Institutionen; 4. Pastoral, Partizipation und politisches Handeln, Macht und Öffentlichkeit. Die Vielfalt der theologischen Arbeit von Frauen sichtbar zu machen, war ein Ziel des Kongresses. Dieses Anliegen fand seinen Höhepunkt in der Abschlußliturgie, die in eine Hommage an die

Pionierinnen der Theologie mündete. Große Pionierinnen der feministischen Theologie - von Elisabeth Schüssler-Fiorenza bis Elsa Támez, von Dorothee Sölle bis Ivone Gebara - wurden per Foto-Präsentation sichtbar gemacht. In einer anrührenden Zeremonie bat darauf je eine Theologin der jüngeren Generation eine der vielen anwesenden Pionierinnen, deren Werk sie besonders studiert hatte, auf die Bühne, um ihr eine Ehrung als «Awicha» zu überreichen. «Awicha» bedeutet in der Kultur der Aymara nicht nur die leibliche Großmutter, sondern bezeichnet zärtlich eine weise ältere Frau, deren Weisheit für die Jüngeren Vorbild ist. Die so geehrten Theologinnen - Barbara Andrade, Ana María Bidegain, María Clara Bingemer, Margot Bremer, María Alicia Brunero, Isabel Corpas de Posada, Celina Lértora Mendoza, Hedwig Meyer-Wilmes, Helena Rech, Diana Rocco Tedesco, Ute Seibert, Adelaida Sueiro, María van Doren, Marie-Theres Wacker – fühlten sich zwar noch nicht alle als «Großmütter», zeigten sich aber sichtlich bewegt von diesem Moment, in dem die Verbundenheit der Theologinnen verschiedenster Nationen und Generationen in einem gemeinsamen Geist und Engagement spürbar und sichtbar wurde. Annegret Langenhorst, Wendelstein

«... to Make the Wounded Whole ...»

Vierzig Jahre nach der Ermordung von Martin Luther King

Die Formel «Von Montgomery nach Memphis» wird in der Geschichtsschreibung über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung gebraucht, wenn jene Periode in den Blickpunkt des Interesses gerückt werden soll, die entscheidend durch das Engagement des Baptistenpfarrers Martin Luther King, Jr. (1929-1968) geprägt worden ist. «Montgomery» erinnert an den in den Jahren 1955 und 1956 ausgefochtenen Kampf gegen die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen in der Stadt gleichen Namens im Bundesstaat Alabama. Martin Luther King, der seit 1954 als Pfarrer an der «Dexter Avenue Baptist Church» amtierte, führte als gewählter Sprecher und Koordinator nach einem über zwölf Monate dauernden Boykott der städtischen Busse die örtliche Bewegung für Rassengleichheit zum Erfolg. «Memphis» erinnert an jene Stadt im Bundesstaat Tennessee, in die er im März und April 1968 mehrere Male gereist war, um sich mit den seit Januar 1968 im Kampf um eine Lohnerhöhung streikenden Müllabfuhr-Männern zu solidarisieren und an den geplanten Demonstrationen teilzunehmen. Am 4. April 1968 ist Martin Luther King, als er sich auf dem Balkon seines Hotels in Memphis aufhielt, erschossen worden.

Zwischen diesen beiden Daten liegen knapp dreizehn Jahre einer rastlosen Tätigkeit, einmal in einem regulären Pfarramt an der «Dexter Avenue Baptist Church» in Montgomery und von 1960 bis zu seinem Tod als Hilfspfarrer an der von seinem Vater, Martin Luther King, Sr., geleiteten «Ebenezer Baptist Church» in Atlanta (Georgia), und gleichzeitig einer Vielzahl von Aktivitäten

auf nationaler wie internationaler Ebene, die er als Gründungsmitglied und Präsident der «Southern Christian Leadership Conference» organisierte oder wahrnahm. Wichtige Stationen seines Engagements waren nach dem erfolgreichen Bus-Boykott in Montgomery (1955/56) die Organisation der Demonstrationen in Albany (1961/62), die Leitung der Demonstrationen in Birmingham und des Marsches nach Washington (1963), die Durchführung der Kampagne für die Wählerregistrierung in Mississippi (1964), die Teilnahme am Marsch für die Bürgerrechte von Selma nach Montgomery (1965), die Erfahrungen mit einem unerbittlichen Rassismus, die er während seiner Aktionen gegen Rassendiskriminierung im Wohnbereich in Chicago (1966) machen mußte, das Engagement im Vorstand von «Clergy and Laity Concerned About Vietnam» und seine öffentliche Kritik am Vietnamkrieg (1966), die Planungen für den «Marsch des armen Volkes» («Poor People's March») nach Washington (1967/68) und schließlich seine Präsenz während der Streiks in Memphis (1968).

Einen Höhe- und Wendepunkt dieser Aktivitäten stellten die Kampagnen von Januar bis März 1965 im Bundesstaat Alabama dar: Von der Stadt Selma aus organisierte Martin Luther King eine Reihe von Demonstrationen innerhalb des genannten Bundesstaates, die die Bundesregierung in Washington bewegen sollten, die Durchführung des 1964 auf Bundesebene verabschiedeten «Civil Rights Act» in den amerikanischen Südstaaten mit Hilfe von Bundesgesetzen durchzusetzen. Als Reaktion auf die Kampagne in Alabama und auf die öffentliche Aufmerksamkeit,

die sie auf nationaler wie internationaler Ebene hervorgerufen hatte, kündigte Präsident Lyndon B. Johnson am 15. März 1965 an, er werde im Kongreß ein Gesetz einbringen, das es den lokalen Behörden und den einzelnen Bundesstaaten verbiete, einem Bürger der Vereinigten Staaten durch formelle Zulassungsbedingungen das Wahlrecht zu verwehren. Das entsprechende Gesetz wurde unter dem Titel «Voting Rights Act» am 6. August 1965 von Präsident Lyndon B. Johnson unterzeichnet. Martin Luther King beschrieb während einer Demonstration vor dem Parlamentsgebäude in Montgomery am Tage der Ankundigung, daß ein Gesetzesentwurf im Kongreß eingebracht werde, das bisher Erreichte: «Wir haben einen weiten Weg hinter uns, seit die Verkehrung von Recht und Gerechtigkeit den amerikanischen Geist in Geiselhaft genommen hat. Heute möchte ich der Stadt Selma, dem Bundesstaat Alabama, dem amerikanischen Volk und allen Nationen der Welt sagen: Wir werden nicht umkehren. Wir sind jetzt auf dem Weg. Ja, wir sind auf dem Weg, und keine Woge des Rassismus wird uns stoppen können.»1

Das «Martin Luther King, Jr. Papers Project»

Mit der Formel «Von Montgomery nach Memphis» wird dieser Augenblick in der Geschichte der Bürgerrechtsbewegung als ein Höhepunkt auf dem Wege der Überwindung der Rassenungleicheit festgehalten. Sie behält weiterhin Recht, auch wenn die Forschungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß die Initiativen, deren zentraler Akteur Martin Luther King war, eine lange Vorgeschichte in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren hatten, daß viele Aktionen studentischer «Sit-Ins» der sechziger Jahre, der «Freedom Rides» vom Sommer 1961 und der Koalition von Bürgerrechtsinitiativen, die unter dem Banner des «Mississippi Freedom Summer» 1964 aktiv waren, unabhängig von der «Southern Christian Leadership Conference» ihre eigene Dynamik entfaltet und ihren Beitrag zur Emanzipation der afro-amerikanischen Bevölkerungen geleistet haben.²

Außerdem konnte die von Clayborne Carson an der «Stanford University» geleitete Editionsarbeit am «Martin Luther King, Jr. Papers Project» zeigen, wie tief Martin Luther King durch seine Familie und seine Zugehörigkeit zu der «schwarzen Baptisten-Kirche» in der Geschichte der Bürgerrechtsbewegung des 19. wie des 20. Jahrhunderts verwurzelt war und von ihr wesentliche Impulse erhalten hatte.³ Die durch das «Stanforder Projekt» bislang erschlossenen Texte ermöglichten einen neuen Zugang zu seiner akademische Ausbildung im «Morehouse College», im «Crozer Theological Seminary» und an der «Boston University». Denn die Editoren konnten zeigen, wie es dem Studenten und jungen Pfarrer Martin Luther King gelang, die Herkunft aus seiner Kirche mit den avanciertesten theologischen Debatten zu verknüpfen und zu einer eigenständigen Identität als Prediger und Theologe zu finden. Die gleichen Texte ermöglichten auch einen differenzierten Blick auf die veröffentlichten Schriften

¹ Martin Luther King, Our God is Marching On!, in: James Melvin Washington, Hrsg., A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr. Harper, San Francisco, Paperback Edition 1991, 228-230, 228; das «New York Times Magazine» vom 14. März 1965 veröffentlichte Martin Luther Kings Vorschläge für ein Wahlgesetz unter dem Titel «Civil Right No. 1: The Right to Vote», oft auch zitiert als «An Open Letter to the American People» (abgedruckt in James Melvin Washington, Hrsg., 182-188. Für den ganzen Vorgang vgl. David J. Garrow, Bearing the Cross. Martin Luther King, Jr., and the Southern Christian Leadership Conference. William Morrow, New York 1986, 376-424; Clayborne Carson, Hrsg., The Autobiography of Martin Luther King, Jr. Warner Books, New York 1998, 270-289.

² Vgl. John A. Kirk, State of the Art: Martin Luther King, Jr., in: Journal of American Studies 38 (2004) 2, 329-347. Martin Luther Kings.⁴ Erste Analysen vermochten zu zeigen, daß die von seinen Ghostwritern All Duckett, Stanley D. Levison, Bayard Rustin, Harris Wofford, weiteren seiner Mitarbeiter und den Verlagslektoren von «Harper & Row», Melvin Arnold und Charles Wallis bearbeiteten bzw. teilweise verfaßten Schriften die Positionen von Martin Luther King präzise wiedergeben. Durch weitere Studien könnte herausgearbeitet werden, welche Tendenzen seine Mitarbeiter in ihren Textbearbeitungen verfolgten, und wie Martin Luther King diese redaktionellen Änderungen als legitimen Ausdruck seiner Autorschaft verstand.

Die Tradition der «Black Church»

Clayborne Carson, David J. Garrow und Lewis V. Baldwin haben in ihren Untersuchungen nachgewiesen, daß Martin Luther King sein Predigeramt in der Tradition der «schwarzen Baptisten-Gemeinden» als intensiven Dialog mit der anwesenden Gemeinde verstanden hat: Der Prediger reagiert auf die Zuhörer und auf deren verbale und nonverbale Reaktionen, indem er diese als Zustimmung versteht, den vorgetragenen Gedankengang durch sprachliche Bilder und thematische Entfaltung zu vertiefen.⁵ Berücksichtigt man diesen Sachverhalt, so wird verständlich, wie diese wechselseitige Einflußnahme zwischen dem Prediger und seinen Zuhörern auch im Verhältnis zwischen dem Autor Martin Luther King und seinen Mitarbeitern ein Wechselspiel von Anregung, Zuarbeitung, Vertiefung und Vorschlägen für neue Formulierungen eine entscheidende Rolle gespielt haben mag. Diese Vermutung gewinnt an Gewicht, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß Martin Luther King während seines ganzen Lebens auf bestimmte Themen und sprachliche Materialien zurückgegriffen, sie variiert und präzisiert hat, es also eine Kontinuität von Texten in der Vielfalt wechselnder Kontexte gegeben hat.

Der im Jahre 2007 veröffentlichte sechste Band von «The Papers of Martin Luther King, Jr.» bietet zur Arbeits- und Denkweise Martin Luther Kings neue Quellen. 1997 gestattete seine Witwe, Coretta Scott King (1927-2006), den Mitarbeitern des «Martin Luther King, Jr. Papers Project», die Aktenbestände, die im Keller des von der Familie King seit 1963 bewohnten Hauses deponiert waren, zu prüfen und zu archivieren. Zu ihrer Überraschung fanden die Forscher eine umfangreiche Materialsammlung für Predigten, die Martin Luther King während seines Studiums angelegt, bis zu seinem Tod konsultiert und gleichzeitig ständig erweitert hat. Darüber hinaus fanden sich in den über 200 Mappen weitere Dokumente aus den für Martin Luther King entscheidenden Jahren, in denen er sich vom jungen Theologen und Pfarrer zum Kämpfer für die Bürgerrechte entwickelte und damit zu einer Persönlichkeit von nationaler und internationaler Bedeutung wurde.

Im sechsten Band der Papers wird so der Entstehungsprozeß der Predigtsammlung «Strength to Love» dokumentiert. Schon im

³ Clayborne Carson u.a., Hrsg., The Papers of Martin Luther King, Jr. Volume I: Called to Serve. January 1929 – June 1951. University of California Press, Berkeley-Los Angeles-London 1992; Volume II: Rediscovering Precious Values. July 1951 – November 1955. 1994; Volume III: Birth of a New Age. December 1955 – December 1956. 1997; Volume IV: Symbole of the Movement. January 1957 – December 1958. 2000; Volume V: Threshold of a New Decade. January 1959 – December 1960. 2005; Volume VI: Advocate of the Social Gospel. September 1948 – March 1963. 2007.

⁴ Martin Luther King, Stride toward Freedom. The Montgomery Story. Harper & Row, New York 1958 (deutsch: Freiheit. Aufbruch der Neger Nordamerikas. Bericht über den Busstreik in Montgomery. Kassel 1964); Strength to Love. Harper & Row, New York 1963 (deutsch: Kraft zum Lieben. Konstanz 1964); Why We Can't Wait. Harper & Row, New York 1967 (deutsch: Warum wir nicht warten können. Wien-Düsseldorf 1964); Where Do We Go from Here. Chaos or Community? Harper & Row, New York 1967 (deutsch: Wohin führt unser Weg. Chaos oder Gemeinschaft. Wien-Düsseldorf 1968); posthum: The Trumpet of Conscience. Harper & Row, New York 1967 (deutsch: Aufruf zum zivilen Ungehorsam. Düsseldorf 1969).

⁵ Clayborne Carson, Martin Luther King, Jr., and the African-American Gospel, in: Timothy E. Fulop, Albert J. Raboteau, Hrsg., African-American Religion. Interpretive Essays in History and Culture. Routledge, New York-London 1997, 343-362; David J. Garrow, The Intellectual Development of Martin Luther King, Jr. Influences and Commentaries, in: Ders., Hrsg., Martin Luther King, Jr. Civil Rights Leader, Theologian, Orator. Carlson Publishing, Brooklyn/NY. 1989, Band 2, 437-452; Lewis V. Baldwin, There is a Balm in Gilead. The Cultural Roots of Martin Luther King, Jr. Fortress Press, Minneapolis 1991, 15-90 und 273-336; Keith D. Miller, Martin Luther King, Jr. Borrows a Revolution: Argument, Audience, and Implications of a Secondhand Universe, in: College English 48 (1986) 3, 249-265; Ders., Voice of Deliverance. The Language of Martin Luther King, Jr., and its Sources. The University of Georgia Press, Athens-London 1998, 209-215.

Jahre 1957 hatte der Verleger von «Harper & Row» Martin Luther King um eine solche Publikation gebeten. Wegen seines Engagements in der «Southern Christian Leadership Conference» konnte er erst im Herbst 1962 und Frühjahr 1963 beginnen. Dieser erste Entwurf blieb nahe beim sprachlichen Gestus seiner Predigten. Die Verlagslektoren redigierten den Text, indem sie ganz Passagen konsistenter umformulierten und Aussagen strichen, die sich auf die kritisch auf amerikanische Institutionen und die Politik (Kapitalismus, Rüstungspolitik, Opposition gegen den Vietnamkrieg, Kolonialismus) bezogen. Martin Luther King akzeptierte diese Änderungen, weil ihn die Rezeption von «Strengh to Love» auch durch ein weißes Publikum wichtig war.

«Im Süden der USA aufgewachsen»

Überblickt man das neu zugänglich gewordene Material, so zeigt sich die Entwicklung von Martin Luther King zu einem der bedeutendsten Prediger und Redner der Vereinigten Staaten. Die Dokumente zeigen den Einfluß, den sein Elternhaus, die berufliche Tätigkeit seines Vaters und die Freundschaften, welche die Familie pflegte, auf den Jugendlichen hatten. Sie zeigen sein beharrliches Bemühen, seine Begabungen als Redner zu vertiefen. Während seiner Studien im «Morehouse College» entdeckte er angeregt durch das Beispiel des Präsidenten des «Morehouse College», Benjamin E. Mays, und des Theologie-Dozenten George D. Kelsey – die Tradition der liberalen Theologie. Diese ermöglichte es ihm, seine persönlichen Fragen nach einer verantwortbaren Religiosität sachgemäß zu formulieren. Martin Luther King war sich seiner kritischen Distanz zu den evangelikalen theologischen Positionen seines Vaters deutlich bewußt, hielt aber gleichzeitig daran fest, daß dessen «nobler Charakter» für ihn der Grund gewesen sei, sich trotz dieser Unterschiede für das Pfarramt in der baptistischen Tradition zu entscheiden.6

Während seines ersten Semesters im «Crozer Theological Seminary» formulierte er in einem Essay im Rahmen der homiletischen Ausbildung: «Die Tätigkeit des Predigers ist mit einem großen Paradox verknüpft. Einerseits kann sie sehr hilfreich sein, andererseits kann sie sehr schädlich sein. Meiner Meinung nach reicht Authentizität für das Predigtamt nicht aus. Der Prediger muß beides sein: authentisch und intelligent. Viel zu häufig ist dem Prediger das erstere gegeben und nicht das letztere. Ich glaube, dies ist ein ernstes Problem, vor welches sich das Amt des Predigers gestellt sieht.»7 Im Anschluß an diese Stelle beschrieb er den «authentischen» Prediger als einen Pfarrer, der sich in seinen Darlegungen dialogisch auf die anwesende Gemeinde bezieht. Liest man diese Beschreibungen, hat man den Eindruck, daß hier Martin Luther King Erfahrungen wiedergibt, die er als Kind und Jugendlicher in der Gemeinde seines Vaters gemacht hat. Am Schluß des Essays formulierte er noch einmal die intellektuellen Anforderungen an einen Prediger: «Es ist meine Überzeugung, daß der Prediger auf seine Weise theologische und philosophische Positionen zur Kenntnis nehmen und sie in einen konkreten Kontext stellen muß. (...) Vor allem sehe ich das Amt des Predigers als einen «widerstreitenden Prozeß». Einerseits muß ich mich bemühen, bei jedem einzelnen Zuhörer eine Veränderung auszulösen, so daß sich die Gesellschaft zu verändern beginnt. Auf der andern Seite muß ich versuchen, die Gesellschaft zu verändern, so daß der einzelne eine Chance hat. Deshalb muß ich mich mit Arbeitslosigkeit, schlechten Wohnverhältnissen und ökonomischer Unsicherheit beschäftigen. Ich bin ein überzeugter Vertreter des «Social Gospel».»8

In dieser Passage finden sich Motive und Verfahrensweisen, die Martin Luther King lebenslang verwendet hat. Mit seinem

⁶Martin Luther King, An Autobiography of Religious Development (1950), in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. II, 359-363.

⁷ Martin Luther King, Preaching Ministry (1948), in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. VI, 69-72, 72.

Hinweis auf das «Social Gospel» bezog er sich nicht nur auf das Amtsverständnis seines Vaters und brachte seine eigene akademische Auseinandersetzung mit dem Werk von Walter Rauschenbusch ins Spiel, sondern er beschrieb damit die für ihn grundsäztlich unauflösliche Verbindung zwischen sozialem Engagement und der Aufgabe des Predigers. Mit der Charakterisierung des Verhältnisses von einzelnem Individuum und Gesellschaft als einem «widerstreitenden Prozeß» brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, daß der einzelne Mensch nur im Kontext der Gesellschaft, und die Gesellschaft nur als Interaktionsprozeß von Individuen verstanden werden könne. Wenn Martin Luther King im vorliegenden Text unvermittelt von dem im ersten Satz distanziert beobachtenden «Ich» in anschließenden Sätzen zu einem «Ich» wechselte, das sich unmittelbar als Subjekt eines Gedankengangs oder einer Handlungsweise zeigt, so verfolgte er eine Verfahrensweise, die er während seines ganzen Lebens immer wieder angewendet hat. Mit dieser Methode gelang es ihm, zum Zuhörer eine Nähe zu schaffen, und gleichzeitig veranlaßte er diesen durch den Wechsel des Standpunktes, den er als Redner vollzog, das Vorgetragene als für seine Existenz entscheidend wahrzunehmen.

Von der liberalen Theologie lernen

Diese Forderung an den Prediger, religiöse Tradition und theologische Aussagen bezogen auf die aktuelle Situation der zuhörenden Gemeinde zur Sprache zu bringen, stellte Martin Luther King an sich selber. Sie fand ihren Niederschlag in der Art und Weise, wie er sich die liberale Theologie angeeignet hat, die er im «Morehouse College» und im «Crozer Theological Seminary» kennengelernt hat. Unter den Textfunden, die in Band 6 der «Papers» 2007 veröffentlicht worden sind, finden sich zwei Fragmente, die sich mit den Stärken und Schwächen der liberalen Theologie auseinandersetzen.⁹

An den Anfang seiner Überlegungen setzte Martin Luther King die Feststellung, daß für ihn die liberale Theologie «wenn nicht das beste, so doch das im Augenblick vernünftigste System der Theologie» sei, denn sie sei in der Lage, auf die sich verändernden geschichtlichen Herausforderungen eine Antwort zu finden. Gerade in diesem Moment, das die Stärke der liberalen Theologie ausmacht, sah er gleichzeitig die Ursache ihrer Schwäche: «Nachdem die Bibel von ihren mythologischen und ungeschichtlichen Gehalten gereinigt worden ist - muß der liberale Theologe in der Lage sein, die Frage zu beantworten: Was nun? Es ist sicherlich gerechtfertigt, so kritisch wie möglich zu sein, indem man zur Kenntnis nimmt, daß der Pentateuch nicht von einem einzigen Verfasser geschrieben worden ist, daß der Wal Jonah nicht ausgespuckt hat.(...) Aber nach all diesem stellt sich die Frage: Welche Bedeutung haben die biblischen Schriften? Welche ethischen Konsequenzen hat unser Leben, wenn es von biblischen Traditionen geprägt ist? Welche Bedeutung hat Jesus für 1948? Auf diese Fragen muß der liberale Theologe eine Antwort finden, wenn er dem Menschen auf der Straße begegnet.» Die Frage, für wen überhaupt Theologie getrieben wird, machte er zum grundlegenden Thema in seinem zweiten Text über die liberale Theologie, wenn er schrieb: «Diese Tendenz, sich vom Marktplatz zu entfernen, hat die liberale Theologie dazu verführt, den Bezug zu den praktischen Problemen zu verlieren. (...) Liberale Theologie gewinnt ihr Ansehen, wenn sie beginnt, sich mit den Problemen des nicht an theoretischen Auseinandersetzungen interessierten Menschen zu befassen.» Mit dem verwendeten Verb «grapple» nahm er das ganze Wortfeld von «befassen» bis zu «ringen um» bzw. «kämpfen» in Anspruch und konnte damit zum Ausdruck bringen, daß die Theologie von den Lebensproblemen der Menschen auszugehen habe.

Martin Luther King war neunzehn Jahre alt, als er seine Bemerkungen über die liberale Theologie niederschrieb. Die darin

⁸ Was hier mit «widerstreitendem Prozeß» übersetzt wird, heißt im Wortlaut «a duel process». Martin Luther Kings Supervisor Robert E. Keighton hat das Wort «duel» eingekreist.

⁹ Martin Luther King, The Weaknesses of Liberal Theology I (1948), in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. VI, 78–80; The Weaknesses of Liberal Theology II (1948), in: ebd., 80f. Die Zitate finden sich auf S. 78, 80 und 80f.

formulierte Option für die Menschen in ihren Kämpfen um ein würdiges Leben blieb für ihn der Maßstab, sich mit der Tradition des «Social Gospel», mit dem Amerikanischen Personalismus und mit der Theologie Reinhold Niebuhrs auseinanderzusetzen. Dessen Schriften waren für ihn attraktiv, weil er darin eine Analyse des modernen Menschen fand, die seinen eigenen Erfahrungen entsprach: «Der moderne Christ muß den Menschen als Sünder sehen, der um Vergebung bitten und sich bekehren muß.»10 Daß Martin Luther King mit diesem allgemein und abstrakt formulierten Satz eigene Erlebnisse zum Ausdruck bringen wollte, wird deutlich, wenn man die Erinnerungen an seine Kindheit und Jugendzeit zur Kenntnis nimmt: «Ich bin aufgewachsen im Erschrecken vor der Rassentrennung und im Widerspruch gegen sie. Außerdem haben mich die barbarischen und repressiven Handlungen schockiert, deren Nährboden die Rassentrennung war (...) Mit eigenen Augen habe ich die Brutalität der Polizei gesehen und beobachten können, wie Afro-Amerikaner vor Gericht ein Höchstmaß an Unrecht erleiden mußten. All dies hat bei mir als heranwachsendem Menschen Spuren hinterlassen.»¹¹

Gott auf der Seite der Sklaven

Martin Luther King gab mit diesen Worten eine Beschreibung seiner Kindheitserfahrungen, in welcher er die Grausamkeit der Rassentrennung mit der Erinnerung einer Szene vor Gericht verband, bei der sich die Richter ihrer Aufgabe, gegenüber jedermann unbesehen der Person und des Standes Recht zu sprechen, systematisch verweigert haben. Damit beschrieb er die Korrumpierung eines hohen Ideals als Widerspruch zwischen Anspruch und Realisierung. Im Sinne von Cornel West könnte die Verfahrensweise Martin Luther Kings eine «dialektische» genannt werden. Für Cornel West zeichnet sich die Denkform afro-amerikanischer Theologen durch ein «dialektisches» Verfahren aus, das von einigen «unabsichtlich» und von andern präzise reflektiert verwendet werde: «Ein überwiegender Teil schwarzer Theologen hat sich veranlaßt gesehen, eine Art dialektischen Verfahrens zu verwenden. Sie weigerten sich, das, was ihnen von weißen Theologen angeboten wurde, zu akzeptieren. Sie haben verlangt, daß jede Reflexion über Gott, die von Weißen vorgetragen wird, analysiert, entziffert und entschleiert werden muß. Die ersten theologischen Äußerungen von Afro-Amerikanern stützten sich einerseits auf die Bibel und versuchten gleichzeitig, mit den Interpretationen ihrer weißen Besitzer und ihrem Status als Sklaven zu Rande zu kommen. Seit ihrem Beginn hat afro-amerikanische Theologie darum gerungen, weiße Verfälschungen und Verdrehungen der Bibel aufzudecken und den biblischen Texten im Lichte ihrer Situation als Sklaven einen Sinn zu geben.»¹²

Im Lichte dieser «dialektischen Verfahrensweise» gewinnen Martin Luther Kings Aussagen über die Erfahrung Gottes ihre Bedeutung. In einem Predigtentwurf von 1949 schrieb er, daß der Mensch Gott erkennen könne, weil er nicht der «ganz Andere» sei: «Gott ist immer für uns gegenwärtig. Der Gott der Religionen ist ein Gott des Lebens. Auf irgendeine Weise transzendiert er die Welt, aber gleichzeitig ist er immanent in der Welt. Indem wir uns mit dem erkennbaren Gott identifizieren, gewinnt unser Wille Anteil an seinem Willen. Wir werden nicht länger mehr an unsere selbstsüchtigen Wünsche denken.» 13 Der letzte Satz Martin Luther Kings macht deutlich, daß es ihm nicht um eine affirmative

Identität zwischen Gott und dem Menschen geht, sondern um eine kritische Zuordnung von Gott und Mensch in der Weise, wie sich ihm in der afro-amerikanischen Tradition die Bibel in Absetzung zu einer weißen Lektüre erschloßen hat. Weil die Bibel im Lichte der Erfahrung der Sklaverei gelesen wurde, zeigte sich Gott als einer, der auf der Seite der Unterdrückten und Verfolgten steht und zu ihren Gunsten handelt.

«Das amerikanische Dilemma»

Die im 6. Band «The Papers of Martin Luther King, Jr.» veröffentlichten Texte und Dokumente bestätigen die bislang von Lewis V. Baldwin am ausführlichsten dargestellte These von der Verwurzelung Martin Luther Kings in der Tradition des afroamerikanischen Christentums und seiner Predigttradition. ¹⁴ Sie bieten gleichzeitig die Möglichkeit, seine akademischen Arbeiten während der Studienzeit mit seiner Biographie präziser zu verbinden. Darüber hinaus bestätigen sie die Tragweite dessen, was Gunnar Myrdal «Das amerikanische Dilemma» genannt hat, nämlich die Tatsache, daß die amerikanische Gesellschaft sich mit der Rassendiskriminierung eine Struktur geschaffen hat, die ihre demokratischen Grundlagen weiterhin in Frage stellt. ¹⁵

Als Martin Luther King am 24. Dezember 1967, wenige Monate vor seiner Ermordung, für seine Gemeinde in der «Ebenezer Baptist Church» den Weihnachtsgottesdienst hielt, beschrieb er, wie der «amerikanische Traum» für ihn im Verlaufe seines Engagements für die Bürgerrechtsbewegung zu einem Albtraum geworden ist: «Ich muß euch heute gestehen, daß kurz nach meiner Rede (Über den Traum) in Washington 1963, dieser für mich zu einem Albtraum wurde. Ich erinnere mich, daß dies zum ersten Mal wenige Wochen nach dem Marsch nach Washington geschah. Der Grund dafür war die Ermordung von vier wunderbaren jungen schwarzen Frauen in einer Kirche von Birmingham in Alabama.» 16 Martin Luther King erinnerte damit an die Ermordung von Carole Robertson, Cynthia Wesley, Denise McNair und Addie Mae Collins am 15. September 1967, die sich in der «Sixteenth Street Baptist Church» in Birmingham aufhielten, als diese durch ein Bombenattentat zerstört wurde. Immer wieder reflektierte Martin Luther King auf die Opfer, die während der Aktionen der Bürgerrechtsbewegung ihrer Freiheit beraubt, geschlagen oder ermordet wurden. Der große Erfolg, den er zwei Jahre nach dem Attentat in Birmingham mit der Unterzeichnung des «Voting Rights Act» 1965 erreicht hat, stand schon im Schatten der Ermordeten. Viele Äußerungen in den letzten Wochen vor seiner Ermordung am 4. April 1968 sind davon geprägt. Daß er um die Gefährdung, die sein Engagement mit sich brachte, wußte und ihr nicht ausgewichen ist, gibt seinen letzten Reden und Predigten den Charakter eines Vermächtnisses. Um sich dessen zu vergewissern, ist die Erschließung der Quellen seines Denkens, wie sie das «Martin Luther King, Jr. Paper Project» verfolgt, unverzicht-Nikolaus Klein

¹⁴ Neben der in Anm. 4 genannten Arbeit vgl. Lewis V. Baldwin, To Make the Wounded Whole. The Cultural Legacy of Martin Luther King, Jr. Fortress Press, Minneapolis 1992.

¹⁵ Vgl. Walter A. Jackson, Gunnar Myrdal and America's Conscience. Social Engineering and Racial Liberalism, 1938 – 1987. The University of North Carolina Press, Chapel Hill-London 1990, 272-359. Zur aktuellen Lage der afro-amerikanischen Bevölkerung: Amaad Rivera u.a., Foreclosed: State

of the Dream 2008. United for a Fair Economy. Boston 2008; Dedrick Muhammad, 40 Years Later: The Unrealized American Dream. The Institute for Policy Studies, Washington, April 2008.

¹⁶ Martin Luther King, A Christmas Sermon on Peace, in: James Melvil Washington, Hrsg., A Testament of Hope (vgl. Anm. 1), 253-258, 257. Vgl. Vincent Harding, Martin Luther King. The Inconvenient Hero. Orbis Books, Maryknoll ⁵2005, 1-22; Fredrik Sunnemark, Ring out Freedom! The Voice of Martin Luther King, Jr., and the Making of the Civil Rights Movement. Indiana University Press, Bloomington-Indianapolis 2004, 195-232.

Martin Luther King, How Modern Christians Should Think of Man (1949/50), in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. II, 273-279, 278. Vgl. David L. Chappell, Niebuhrisms and Myrdaleries: The Intellectual Roots of the Civil Rights Movement Reconsidered, in: Tony Badger u.a., The Role of Ideas in the Civil Rights South. University Press of Mississippi, Jackson 2002, 3-18.

¹¹ Martin Luther King, My Pilgrimage to Nonviolence (1958), in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. IV, 473-481, 473.

¹² Cornel West, Prophesy Deliverance! An Afro-American Revolutionary Christianity. Anniversary Edition with a New Preface by the Author. Westminster John Knox Press, Louisville/Ken. 2002, 109.

¹³ Martin Luther King, Mastering Our Evil Selves. Mastering Ourselves, in: Clayborne Carson, Hrsg., The Papers (vgl. Anm. 2), Vol. VI, 94-97,97; vgl. Rufus Burrow, Jr., God and Human Dignity. The Personalism, Theology, and Ethics of Martin Luther King, Jr. University of Notre Dame Press, Notre Dame/Indiana 2006, 17-31 und 102-123.

Polen nach den Wahlen von Oktober 2007

Erste Bilanz der Regierung unter Donald Tusk (Erster Teil)

Normalerweise verfolgen deutsche Bürger Wahlen in ihren Nachbarländern ohne sonderliches Interesse. Am 21. Oktober 2007 war dies allerdings anders. An diesem Tag wurde in Polen ein neues Parlament gewählt. Die Regierung unter Jarosław Kaczyński hatte ihre beiden Koalitionspartner, die populistische «Selbstverteidigung» unter ihrem mehrfach krimineller Handlungen beschuldigten Vorsitzenden Andrzej Lepper sowie die nationalkatholische, in der Vorkriegstradition der Nationaldemokratie stehende «Liga der Polnischen Familien» eingebüßt und dadurch ihre Mehrheit im Sejm verloren. So waren nach gerade einmal zwei Jahren in der Mitte der Legislaturperiode vorgezogene Neuwahlen erforderlich geworden – übrigens in den knapp zwei Jahrzehnten der III. Republik eher die Regel als die Ausnahme.

Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen

Daß man in der Bundesrepublik Deutschland dem Ausgang der Wahlen mit Spannung entgegensah, hatte seine Gründe. Bereits unter der von den Postkommunisten geführten Vorvorgängerregierung war in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Klimaverschlechterung eingetreten. Verantwortlich dafür war wohl mehr die deutsche als die polnische Seite: Das vom «Bund der Vertriebenen» angestrebte «Zentrum gegen Vertreibungen» stieß in der polnischen Gesellschaft auf deutliche Ablehnung. Man sah darin den Versuch einer Neuinterpretation des Zweiten Weltkriegs, durch die sich in Deutschland der Akzent von einem Täter- zu einem Opferbewußtsein verschieben würde. Auf die Gründung der «Preußischen Treuhand» mit ihren Besitzansprüchen auf das durch die Vertreibung im heutigen Polen zurückgelassene Hab und Gut reagierte man in Polen mit der Forderung nach Reparationsleistungen für die im Krieg erlittenen Verluste. Dem verlieh eine «Polnische Treuhand» Nachdruck, die sich zudem für eine Neuverhandlung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages von 1991 aussprach. Und die zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Vladimir Putin vereinbarte Ostseepipeline weckte in unserem Nachbarland in Analogie zu Rapallo das Gespenst einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Polens.

Das aus den Wahlen im Herbst 2005 hervorgegangene politische Polen unter Präsident Lech Kaczvński und der von seinem Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński straff geführten Partei «Recht und Gerechtigkeit» übernahm somit bereits die Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses. Doch statt gemeinsam mit der deutschen Seite nach Kompromissen zu suchen und auf eine Lösung der Probleme hinzuarbeiten, tat die neue Regierung alles, um den Konflikt zu verschärfen. Für sie war die Deutschlandpolitik all ihrer Vorgängerregierungen seit dem europäischen Umbruch des Jahres 1989 ein Ausdruck der Schwäche und eine Preisgabe nationaler Interessen. Man charakterisierte sie - und dies in einem negativen Sinn - als «Versöhnungspolitik» und rührte damit an das Fundament unserer bilateralen Beziehungen. Nun sei es an der Zeit, eine Position der Unnachgiebigkeit zu beziehen, die freilich mehr in verbalen Attacken als im Erreichen konkreter Ziele bestand.

Während auf der diplomatischen Ebene die deutsch-polnischen Beziehungen stagnierten, trugen die Medien beiderseits der Oder das ihre zu-einer deutsch-polnischen Eiszeit bei. Der «Spiegel» präsentierte Lech und Jarosław Kaczyńskis rittlings auf dem Rücken der am Boden kriechenden Angela Merkel, um wohl auf solche Weise deren Wunschvorstellung einer ihnen gefügigen deutschen Bundeskanzlerin zu karikieren. «Wprost» konterte daraufhin mit einer Darstellung der deutschen Kanzlerin als «Stiefmutter Europas» mit den an ihren Brüsten saugenden Brüdern Kaczyński. Und schließlich porträtierte die «taz» den polnischen Präsidenten in Anspielung auf seine Körperform als

«Polens neue Kartoffel», was das polnische Präsidialamt zu einer offiziellen Beschwerde bei der deutschen Regierung veranlaßte. Angesichts dieser verfahrenen Situation hoffte man in der Bundesrepublik auf einen Wahlsieg von Donald Tusk, dem fünfzigjährigen Chef der «Bürgerplattform». Wie so manche polnischen Politiker, die sich heute befehden, gehörte auch Donald Tusk zur «Solidarność» und fungierte in den achtziger Jahren als Herausgeber illegaler Zeitschriften. Politisch war er seit 1990 in verschiedenen aus der «Solidarność» hervorgegangenen politischen Gruppierungen tätig und verfügt seit langem – ganz im Gegensatz zu den Brüdern Kaczyński – über gute Kontakte zu deutschen Politikern und Publizisten. 2005 war er im Kampf um das Präsidentenamt von der Partei der Brüder Kaczyński wegen seiner Deutschfreundlichkeit scharf attackiert worden.

Die Parlamentswahlen - Fakten und Analyse

Der Wahlkampf wurde mit harten Bandagen geführt. Die Kaczyński-Partei schreckte nicht davor zurück, staatliche Institutionen für ihre Zwecke einzuspannen. So stellte man einer Abgeordneten der «Bürgerplattform» eine Falle. Sie wurde durch einen getarnten Vertreter der Korruptionskommission zur Annahme von Bestechungsgeldern überredet. Drei Tage vor den Wahlen machte dann die Korruptionskommission den Vorgang im Fernsehen öffentlich. Doch dieses Manöver war zu durchsichtig und dürfte Jarosław Kaczyński mehr geschadet als genutzt haben. Zwei Wochen vor dem Wahltermin sahen die Umfragen «Recht

Zwei Wochen vor dem Wahltermin sahen die Umfragen «Recht und Gerechtigkeit» noch mit 3% vor der «Bürgerplattform» in aussichtsreicher Position. In der Bundesrepublik fürchtete man, die «Bürgerplattform» von Donald Tusk könne durch die Strategie der gegnerischen Partei, welche die Reizthemen Korruption und Abrechnung mit den Postkommunisten besetzt hatte, marginalisiert werden. Während die «Bürgerplattform» bis zu dem Fernsehduell zwischen Donald Tusk und Jarosław Kaczyński seltsam blaß blieb, stilisierte sich «Recht und Gerechtigkeit» als Polens Rettung und beschwor in Anspielung auf die Verhängung des Kriegsrechts sogar einen neuen «13. Dezember 1981» für den Fall, daß die «Bürgerplattform» die Wahl gewinnen und mit der Linken eine Koalition eingehen würde.

Der Urnengang am 21. Oktober 2007 kam somit einem Plebiszit für oder gegen Jarosław Kaczyński und seine Partei gleich. Entsprechend war der Andrang in den Wahllokalen. In einigen Warschauer Wahlbezirken kam es zu Wahlunterbrechungen, weil die Wahlscheine ausgegangen waren und erst neue besorgt werden mußten. Daher verlängerte sich die Wahl um drei Stunden, und die Stimmenauszählung verzögerte sich. Als dann spät in der Nacht das vorläufige Wahlergebnis bekannt gegeben wurde, stand der deutliche Wahlsieg von Donald Tusk fest. Mit 41,51% der abgegebenen Stimmen lag seine Partei um gute neun Punkte vor «Recht und Gerechtigkeit», die lediglich 32,11% für sich verbuchen konnte. Das Linksbündnis mit ihrem Spitzenkandidaten Aleksander Kwaśniewski, dem ehemaligen postkommunistischen Präsidenten, kam auf 13% und die Bauernpartei von Waldemar Pawlak auf 8,91%.

Höchst aufschlußreich ist die Analyse dieses Wahlergebnisses. Vergleicht man die Wahl vom 21. Oktober 2007 mit der vor zwei Jahren, dann zeigt sich bei beiden Spitzenparteien ein deutlicher Stimmenzuwachs, bei der «Bürgerplattform» um mehr als 14%, bei «Recht und Gerechtigkeit» um 8%. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens die für polnische Verhältnisse mit 53,88% um 13% höhere Wahlbeteiligung als 2005, überhaupt die höchste aller bisherigen Parlamentswahlen nach 1989; zweitens die vernichtende Wahlniederlage der einstigen Koalitionspartner «Selbstverteidigung» und «Liga der Polnischen Familien», die beide den Einzug in den Sejm verpaßten. Mit einem Stimmenanteil unter 3% haben

sie zudem keinen Anspruch auf Erstattung von Wahlkampfkosten und dürften vorerst keine Rolle mehr spielen. Zudem zeigt dieses Wahlergebnis, daß die Polen weit weniger für populistische und extremistische Parolen anfällig sind, als dies gemeinhin in Deutschland vermutet wird.

Was die Wählerstruktur betrifft, so fand die «Bürgerplattform» besonders starke Zustimmung bei der jungen Generation sowie bei den im Ausland arbeitenden Polen, die sich diesmal im Unterschied zu 2005 äußerst zahlreich an der Wahl beteiligt hatten. Erst bei den über Sechzigjährigen konnte die national-konservative Kaczyński-Partei die liberal-konservative «Bürgerplattform» überflügeln. Auch der Bildungsgrad spielte eine Rolle: Je höher er war, um so deutlicher fiel die Wahlentscheidung zu Gunsten von Donald Tusk aus. Bleibt noch die Untersuchung des Wahlverhaltens nach Wohnort und Region. Während die Anhängerschaft von «Recht und Gerechtigkeit» vornehmlich aus Kleinstädten und Dörfern stammt, punktete die «Bürgerplattform» in den Städten und urbanen Regionen. Der Befund läßt die vorsichtige Prognose zu, daß eine breite Mehrheit die Modernisierungsprozesse unterstützt und die sich für sie besonders aussprechende «Bürgerplattform» damit um vieles zukunftsträchtiger eingeschätzt wird als die Partei «Recht und Gerechtigkeit», die eher mit der Vergangenheit als mit der Zukunft des Landes assoziiert

Für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen besonders erfreulich ist der Wahlsieg der «Bürgerplattform» in den ehemals deutschen West- und Nordgebieten. Er zeigt, daß die deutschfeindliche Rhetorik von Jarosław Kaczyński und seiner Partei gerade in den westlichen Grenzregionen auf Ablehnung gestoßen ist und sich die deutsch-polnische Versöhnung in den letzten zwei Jahren als durchaus belastbar erwiesen hat.

Veränderung der politischen Landschaft

Wahlergebnis und Wahlanalyse zeigen somit einen starken Wandel der politischen Landschaft. Solche durch Parlamentswahlen hervorgerufene Veränderungen sind indes für Polen nichts Ungewöhnliches. Es gab sie fast immer in den Legislaturperioden der vergangenen knapp zwanzig Jahre. Sie belegen eine geringe Bindungs- und Lebenskraft der Parteien. Immer wieder verschwanden wie in den jüngsten Wahlen, so auch in der Vergangenheit Parteien von der politischen Bühne, und es traten neue an ihre Stelle. Es fragt sich, ob diese Regel in Zukunft ihre Fortsetzung findet oder ob mit der jetzigen politischen Landschaft das Spektrum der vier im Sejm vertretenen Parteien stabil bleibt.

Wenngleich diese Frage spekulativ ist, so bietet doch die Wahlanalyse einige Anhaltspunkte zu ihrer Beantwortung. Dabei gilt das besondere Augenmerk dem weiteren Schicksal von Jarosław Kaczyński und seiner Partei sowie dem mit dem Etikett «postkommunistisch» versehenen Linksbündnis.

Jarosław Kaczyński hatte, durch die Prognosen in seiner Meinung bestärkt, fest mit einem Wahlsieg gerechnet. Um so schwerer traf ihn und seine Partei die Niederlage. In der Bundesrepublik Deutschland wäre wohl in einer vergleichbaren Situation der oder die Parteivorsitzende zurückgetreten. Nicht so Jarosław Kaczyński. Er räumte seinen Stuhl nicht, und in der von ihm äu-Berst straff geführten Partei fand sich niemand, der es gewagt hätte, gegen ihn anzutreten. Doch es rumorte in ihren Reihen. Drei stellvertretende Vorsitzende, die gegen seinen autoritären Führungsstil aufbegehrt und die Wahlkampfstrategie kritisiert hatten, wurden vom Parteichef gemaßregelt und verließen die Partei. Weniger prominente Funktionsinhaber taten es ihnen gleich. Diese internen Konflikte mögen «Recht und Gerechtigkeit» schwächen, doch in ihnen bereits Auflösungserscheinungen zu sehen, wäre wohl doch eine Fehleinschätzung. Es bleibt zu vermuten, daß sich in der politischen Ausrichtung der Partei wenig ändern wird. Auch in Zukunft wird wohl ihre Anhängerschaft vornehmlich unter unzufriedenen, durch die Modernisierungsprozesse sich benachteiligt fühlenden und in ihrer nationalen wie religiösen Identität verunsicherten Wählerschichten

zu finden sein. Mit ihrer antimodernen Ausrichtung dürfte allerdings «Recht und Gerechtigkeit» die Chance einer Rückkehr zur Macht verspielen, es sei denn, die neue Regierung versagt und verliert die Gunst ihrer Wähler.

Jarosław Kaczyński hat seinem Rivalen eine «totale Opposition» angekündigt, für die er sich nicht ohne Grund die Unterstützung des Präsidenten, seines Zwillingsbruders Lech Kaczyński, erhofft. Es fragt sich jedoch, ob sich eine vornehmlich destruktive Politik auszahlt. Erste Umfragen zeigen jedenfalls, daß diese Rechnung kaum aufgehen wird. Die Störfeuer aus dem Präsidialamt dürften die Position von Donald Tusk eher stärken und die Aussichten von Lech Kaczyński, 2010 als Präsident wiedergewählt zu werden, zunichte machen. Es scheint, daß der im Wahlkampf unternommene Versuch, die «Bürgerplattform» zu marginalisieren, nun wie ein Bumerang auf die Brüder Kaczyński zurückschlägt. Auch noch in anderer Hinsicht hat sich die Wahlkampfstrategie von «Recht und Gerechtigkeit» nicht ausgezahlt. Diese war, wie bereits gesagt, stark auf eine endgültige Abrechnung mit den «Postkommunisten» ausgerichtet. Die Beschwörung der Gefahr eines postkommunistischen Polens hat jedoch den Einzug des Linksbündnisses als drittstärkste Partei ins Parlament nicht verhindern können. Andererseits zeigt der Stimmenanteil von 13,15% zugleich die Schwäche der postkommunistischen Formation. Ein entschiedener Einfluß auf die politische Gestaltung Polens dürfte von ihr in Zukunft nicht ausgehen.

Doch die Frage nach dem Stellenwert des «Postkommunismus» im heutigen Polen ist von grundsätzlicher Art. Jarosław Kaczyński war 2005 unter der Parole angetreten, die «postkommunistisch» belastete III. Republik durch eine von «Postkommunisten» freie IV. Republik abzulösen. Dabei verfolgte er ein doppeltes Ziel: Erstens wollte er durch eine breit angelegte «Lustration» den Staatsapparat von «Postkommunisten» säubern und die Machenschaften korrupter «postkommunistischer» Seilschaften aufklären und bekämpfen; zweitens sah er den «Geburtsfehler» der III. Republik in den 1989 am «Runden Tisch» getroffenen Vereinbarungen mit den Kommunisten, die ihnen auch weiterhin eine politische Einflußnahme garantierten. Dabei verkannte er allerdings die politischen Umstände, unter denen sich 1989 der politische Wandel in Polen vollzog. Immerhin bestand damals noch die Sowjetunion, und Polen gehörte noch dem Warschauer Pakt an. Die Alternative zu den Vereinbarungen am «Runden Tisch» wäre statt einer evolutionären Entwicklung ein revolutionärer Bruch mit den Kommunisten gewesen - mit all den Risiken, die nach den Erfahrungen des im Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts damit verbunden waren.

Eine andere Frage ist, wie lange man noch der polnischen Linken das diffamierende Etikett «postkommunistisch» umhängen kann. Nachdem sich im Wahlkampf postkommunistische Verdächtigungen offensichtlich nicht ausgezahlt haben, werden sie bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wohl erst recht keine Rolle mehr spielen. Zumal die nach 1989 geborenen Jungwähler werden mit dem Argument einer «Abrechnung mit den Postkommunisten» kaum an die Wahlurnen zu locken sein. Zudem ist zu bedenken, daß sich die polnische Linke selbst nicht als «postkommunistisch» versteht, das Attribut also eine Fremdzuweisung darstellt. Man muß ihr auch zugute halten, daß sie sich inzwischen weitgehend von den kommunistischen Altkadern gelöst hat; sie dürfte als eine sozialdemokratische Formation ihren Platz im polnischen Parteienspektrum behaupten.

Eine erste Bilanz

Mitte Februar 2008 waren 100 Tage Regierung Donald Tusk vergangen; Zeit für eine ersten Bilanz. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg nahm Donald Tusk Gespräche mit Waldemar Pawlak, dem Vorsitzenden der Bauernpartei, auf. Sie konnten zügig und problemlos mit einer Koalitionsvereinbarung beendet werden. Unter Berücksichtigung des einen Sitzes der deutschen Minderheit verfügt die Regierung aus «Bürgerplattform» und Bauernpartei mit 241 Abgeordneten gegenüber 219 der zudem

gespaltenen Opposition über eine stabile Mehrheit im Sejm. Interne Koalitionskonflikte werden kaum zu erwarten sein. Zu unterschiedlich ist das jeweilige Wählerpotential beider Parteien. Überschneidungen sind hier so gut wie ausgeschlossen. Dennoch gibt es einige Politikfelder, auf denen Kompromisse geschlossen werden müssen, so in Fragen der Besteuerung, der Privatisierung und – dies vor allem – der Subventionierung der Landwirtschaft. Doch beide Koalitionspartner wissen, daß sie nur gemeinsam eine erfolgreiche Politik betreiben können. Jedenfalls kann diese Koalitionsregierung als um vieles stabiler eingeschätzt werden, als es die letztlich gescheiterte Koalition der Vorgängerregierung war.

Einen Monat nach den Wahlen gab Donald Tusk am 23. November 2007 in einer dreistündigen Rede seine Regierungserklärung. Er kündigte eine mit einer solidarischen Sozialpolitik verbundene liberale Wirtschaftspolitik an, eine Art Sozialer Marktwirtschaft. Inwieweit ihm dieses Junktim im Zeitalter globalisierter Märkte gelingt, wird sich zeigen. Erste Streiks der Bergleute, der Lehrer, der Zollbeamten und des Krankenhauspersonals signalisieren die Schwierigkeit, bei dem engen Finanzrahmen des Staatshaushaltes notwendige Reformen, speziell im Gesundheitswesen, durchzuführen sowie den Gehalts- und Lohnforderungen der im Staatssektor Beschäftigten nachzukommen. Mit einer Steuersenkung erhofft sich die Regierung weitere wirtschaftliche Wachstumsraten. Wie die Vorgängerregierung sagt auch die gegenwärtige Koalition der Korruption den Kampf an. Mit der Trennung der Funktionen des Justizministers von der des Generalstaatsanwaltes will Donald Tusk die von den Brüdern Kaczyński angetastete Gewaltenteilung wiederherstellen.

Donald Tusk nahm den Ablauf der ersten 100 Tage seiner Regierung zum Anlaß, um für 2010 einige weitreichende Reformpläne anzukündigen. Damit setzt er stillschweigend voraus, daß in den in jenem Jahr fälligen Präsidentschaftswahlen Lech Kaczyński durch einen Kandidaten der «Bürgerplattform» abgelöst wird und seine Reformpolitik nicht weiter blockiert werden kann. Im einzelnen plant er die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 18% unter Wegfall bestehender Steuervergünstigungen, was das Steuersystem radikal vereinfachen und wahrscheinlich die wirtschaftliche Entwicklung beflügeln würde. Allerdings müßte wohl eine solche Entscheidung sozial abgefedert werden,

ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)

erscheint 2× monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

Redaktion und Aboverwaltung: Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich Redaktion: Telefon 044 204 90 50, E-Mail orientierung@bluewin.ch

Redaktion: Telefon 044 204 90 50, E-Mail orientierung@bluewin.ch Aboverwaltung: Telefon 044 204 90 52, E-Mail orientierung.abo@bluewin.ch Telefax 044 204 90 51

Homepage: www.orientierung.ch

Redaktion: Nikolaus Klein, Josef Bruhin, Werner Heierle, Pietro Selvatico

Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)

Preise Jahresabonnement 2008:

Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 68.– / Studierende Fr. 50.– Deutschland und Österreich: Euro 54.– / Studierende Euro 40.– Übrige Länder: Fr. 63.–, Euro 37.– zuzüglich Versandkosten Gönnerabonnement: Fr. 100.–, Euro 70.–

Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich Schweiz: Postkonto Zürich 87-573105-7

Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) Konto Nr. 6290-700 Österreich: Bank Austria, Creditanstalt Zweigstelle Feldkirch (BLZ 12000), Konto Nr. 00473009 306, Orientierung, Feldkirch

Übrige: Credit Suisse, CH-8070 Zürich (BLZ 4842), Konto Nr. 556967-61, IBAN: CH1104835055696761000, SWIFT/BIC: CRESCHZZ80C

Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil

Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung. Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

um die ohnehin bestehende Kluft zwischen arm und reich nicht noch weiter zu vertiefen. Dann möchte er das Verhältniswahlrecht zugunsten der Direktwahl ändern, den Senat abschaffen, die Immunität der Abgeordneten beschneiden, den Parteien keine Gelder mehr aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen und anstelle der allgemeinen Wehrpflicht eine Berufsarmee einführen.

Bereits in seiner Regierungserklärung hatte Donald Tusk seiner Hoffnung auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Ausdruck verliehen. Doch erste Anzeichen deuten eher darauf hin, daß Lech Kaczyński der neuen Regierung das Leben schwer machen möchte. Möglichkeiten dazu hat er. Anders als in der Bundesrepublik verfügt der polnische Präsident aufgrund der Verfassung über ein beträchtliches Maß an Macht. Er hat über die Souveränität und Sicherheit des Landes zu wachen (Art. 126), repräsentiert den Staat in den Außenbeziehungen (Art. 133) und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 134). In besonderen Fällen kann er durch Vermittlung des Kabinetts einen eigenen Rat berufen, dem er selbst vorsitzt. (Art. 141) In der Außen- und Verteidigungspolitik schreibt die Verfassung eine Zusammenarbeit von Präsident und Regierung vor. Das mag gut gemeint sein, doch sind damit Konflikte vorprogrammiert. Seit die Verfassung vor über zehn Jahren in Kraft trat, hat es nur eine kurze Phase harmonischer Kooperation zwischen Präsident und Regierung gegeben - in den zwei Jahren, in denen die von «Recht und Gerechtigkeit» geführte Koalitionsregierung an der Macht war und sich Jarosław Kaczyński der vorbehaltlosen Unterstützung seines Zwillingsbruders Lech erfreuen konnte. Nun hat es den Anschein, daß der Präsident, der aus seiner Abneigung gegenüber der neuen Regierung kein Hehl macht, zu ihr auf Konfrontationskurs geht. So nahm er die Krise im Gesundheitswesen zum Anlaß, um sich über die Vorhaben der Regierung zu ihrer Lösung informieren zu lassen. Nach kurzer Zeit brach er jedoch die Anhörung ab und ließ über die Presse mitteilen, die Regierung sei unvorbereitet gewesen. Doch die wehrte sich gegen die Unterstellung, und sie sorgte dafür, daß das vollständige Protokoll der Sitzung veröffentlicht wurde, das die Regierung vom Vorwurf der Untätigkeit und Unfähigkeit entlastete und den Präsidenten als den für das Scheitern der Besprechung Verantwortlichen erscheinen ließ. Auch bei der von Donald Tusk getroffenen Wahl der Minister hatte der Präsident, wenn auch vergeblich, versucht, seinen Einfluß geltend zu machen und speziell die Ernennung von Außenminister Radosław Sikorski zu verhindern. Der Grund für diese Intervention war offenbar der, daß Radosław Sikorski zeitweise in der Kaczyński-Regierung Verteidigungsminister gewesen war und er nun - gleichsam als «Überläufer» - in besonderer Weise die Ungnade des Präsidenten zu spüren bekommen sollte. Bei nächster Gelegenheit hat er ihn dann ohne vorherige Absprache zum Rapport bestellt und damit Radosław Sikorski genötigt, seinen Besuch bei der Europäischen Union in Brüssel vorzeitig abzubrechen. Nach diesem Eklat kam es zwischen dem Premier und dem Präsidialamt zum Streit darüber, wer über den Terminkalender für Ministerbesuche beim Präsidenten zu bestimmen habe. Zudem hat der Präsident bereits angekündigt, das geplante Gesetz zur Trennung der Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwaltes durch sein Veto zu verhindern. Da zur Aufhebung des Vetos die Stimmen von Dreifünftel der Parlamentarier erforderlich sind, bestehen nach der gegenwärtigen politischen Konstellation durchaus Möglichkeiten einer Blockadepolitik. Seit Jahren diskutiert man in Polen, ob die durch die Verfassung vorgesehene Doppelspitze von Premier und Präsident dem Land mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Stimmen mehren sich, entweder nach amerikanischem Muster den Präsidenten mit der Regierungsvollmacht auszustatten oder diese nach dem Vorbild des deutschen Grundgesetzes dem Premier zu übertragen und die Rolle des Präsidenten auf mehr repräsentative Funktionen zu beschränken. Ob allerdings für die eine oder die andere Variante die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit der Sejmabgeordneten gefunden wird, ist höchst zweifelhaft. (Zweiter Teil folgt.)

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen